

Dornbusch · Fischermeier · Löwisch

# AR

# Kommentar zum gesamten Arbeitsrecht

Herausgegeben von

**Dr. Gregor Dornbusch**

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Frankfurt/Main

**Dr. Ernst Fischermeier**

Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D., Erfurt, Vizepräsident des Kirchlichen Arbeitsgerichtshofes

**Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred Löwisch**

Rechtsanwalt in Lahr/Schwarzwald, Professor an der Universität Freiburg, vorm. Richter am OLG Karlsruhe

9. Auflage

## Leseprobe

Luchterhand Verlag 2019

## Die Bearbeiter

**Prof. Dr. Frank Bayreuther**  
Professor an der Universität Passau

**Dr. Alexander Beck**  
Rechtsanwalt, Hamburg

**Dr. Jan Friedrich Beckmann**  
Rechtsanwalt Hamburg

**Hans Joachim Beckers**  
Geschäftsführer Aus- und Weiterbildung der Industrie- und Handelskammer zu Kiel

**Christian Brodersen LL.M.**  
Rechtsanwalt, Notar, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Frankfurt/Main

**Dr. Barbara Deilmann**  
Rechtsanwältin, Düsseldorf

**Dr. Gregor Dornbusch**  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Frankfurt/Main

**Dr. Ernst Fischermeier**  
Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D., Erfurt, Vizepräsident des Kirchlichen Arbeitsgerichtshofes

**Wiebke Fröhlich**  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe Universität, Frankfurt/Main

**Axel Groeger**  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Bonn

**Prof. Dr. Martin Gutzeit**  
Professor an der Universität Gießen

**Günther Heckelmann**  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Frankfurt/Main

**Agnes Herwig**  
Rechtsanwältin, Frankfurt/Main

**Prof. Dr. Hans Hofmann**  
Ministerialdirektor Bundesministerium des Innern, Leiter der Abteilung V, Berlin, und Lehrbeauftragter an der Humboldt Universität Berlin

**Prof. Dr. Dagmar Kaiser**  
Professorin an der Universität Mainz

**Prof. Dr. Sudabeh Kamanabrou**  
Professorin an der Universität Bielefeld

**Dr. Markus Kappenhagen**  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Düsseldorf

**Oliver Klose**  
Richter am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

**Prof. Dr. Sebastian Kolbe**  
Professor an der Universität Bremen

**Dr. Stefan Krauss**  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Lahr/Schwarzwald

## Die Bearbeiter

---

**Prof. Dr. Sebastian Krebber**

Professor an der Universität Freiburg

**Markus Krumbiegel**

Richter am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

**Klaus Lauterbach**

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Halle

**Werner Leschnig**

Vorsitzender Richter am Sächsischen Landesarbeitsgericht a.D., Würzburg

**Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred Löwisch**

Rechtsanwalt, Lahr/Schwarzwald, Professor an der Universität Freiburg, vorm. Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe

**Dr. Susanna Lukas**

Vorsitzende Richterin am Hessischen Landesarbeitsgericht, Frankfurt/Main

**Prof. Dr. Frank Maschmann**

Professor an der Universität Regensburg

**Julia Moskalew**

Richterin am Arbeitsgericht im Hochschuldienst an der Universität Münster

**Dr. Michaela Nebel (geb. Weigl)**

Rechtsanwältin, Frankfurt/Main

**Waldemar Reinfelder**

Richter am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

**Prof. Dr. Volker Rieble**

Professor an der Universität München, Direktor des Zentrums für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht, München

**Dr. Matthias Scholz LL.M.**

Rechtsanwalt, Frankfurt/Main

**Prof. Dr. Peter Schüren**

Professor an der Universität Münster

**Friedrich Schütz**

Direktor des Arbeitsgerichts Bayreuth

**Karin Spelge**

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

**Prof. Dr. Reinhard Vossen**

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht a.D., Düsseldorf, und Honorarprofessor an der Universität Düsseldorf

**Horst Weigand**

Landesschlichter a.D., Berlin

**Dr. Alexander Wolff**

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Die Bearbeiter . . . . .	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet . . . . .	IX
Inhaltsübersicht . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXVII
Literaturverzeichnis . . . . .	LV

## **Gesetz über den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung (Aufwendungsausgleichsgesetz – AAG) . . . . .**

1

§ 1 Erstattungsanspruch . . . . .	1
§ 2 Erstattung . . . . .	3
§ 3 Feststellung der Umlagepflicht . . . . .	4
§ 4 Versagung und Rückforderung der Erstattung . . . . .	5
§ 5 Abtretung . . . . .	6
§ 6 Verjährung und Aufrechnung . . . . .	7
§ 7 Aufbringung der Mittel . . . . .	7
§ 8 Verwaltung der Mittel . . . . .	9
§ 9 Satzung . . . . .	10
§ 10 Anwendung sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften . . . . .	10
§ 11 Ausnahmenvorschriften . . . . .	11
§ 12 Freiwilliges Ausgleichsverfahren . . . . .	11

## **Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) . . . . .**

12

§ 2 Schutz der freien Mandatsausübung . . . . .	12
§ 3 Wahlvorbereitungsurlaub . . . . .	12
§ 4 Berufs- und Betriebszeiten . . . . .	12

## **Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) . . . . .**

15

### **Abschnitt 1 Zielsetzung . . . . .**

15

§ 1 Zielsetzung . . . . .	15
---------------------------	----

### **Abschnitt 2 Allgemeine Arbeitsbedingungen . . . . .**

17

§ 2 Allgemeine Arbeitsbedingungen . . . . .	17
---	----

### **Abschnitt 3 Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen . . . . .**

18

§ 3 Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen . . . . .	18
§ 4 Branchen . . . . .	19
§ 5 Arbeitsbedingungen . . . . .	21

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 6	Besondere Regelungen. . . . .	21
§ 7	Rechtsverordnung für die Fälle des § 4 Absatz 1. . . . .	23
§ 7a	Rechtsverordnung für die Fälle des § 4 Absatz 2. . . . .	25
§ 8	Pflichten des Arbeitgebers zur Gewährung von Arbeitsbedingungen . . . . .	26
§ 9	Verzicht, Verwirkung. . . . .	27
<b>Abschnitt 4 Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche . . . . .</b>		<b>27</b>
§ 10	. . . . .	27
§ 11	Rechtsverordnung . . . . .	27
§ 12	Kommission . . . . .	27
§ 13	Rechtsfolgen. . . . .	28
<b>Abschnitt 5 Zivilrechtliche Durchsetzung . . . . .</b>		<b>28</b>
§ 14	Haftung des Auftraggebers . . . . .	28
§ 15	Gerichtsstand . . . . .	29
<b>Abschnitt 6 Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden . . . . .</b>		<b>30</b>
§§ 16–25 . . . . .		30
§ 24a [aufgehoben] . . . . .		30
<b>Europäisches Arbeitsrecht Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). . . . .</b>		<b>31</b>
Vorbem. zu Art 45, 157, 267 AEUV . . . . .		31
Art. 45 Freizügigkeit der Arbeitnehmer . . . . .		37
Art. 157 Gleiches Entgelt für Männer und Frauen . . . . .		42
Art. 267 Vorabentscheidungsverfahren. . . . .		46
<b>Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) . . . . .</b>		<b>48</b>
§ 1	Ziel des Gesetzes . . . . .	49
§ 2	Anwendungsbereich . . . . .	51
§ 3	Begriffsbestimmungen. . . . .	54
§ 4	Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe. . . . .	58
§ 5	Positive Maßnahmen. . . . .	58
§ 6	Persönlicher Anwendungsbereich. . . . .	58
§ 7	Benachteiligungsverbot . . . . .	60
§ 8	Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen . . . . .	62
§ 9	Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung. . . . .	66
§ 10	Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters . . . . .	68
§ 11	Ausschreibung . . . . .	72
§ 12	Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers . . . . .	75
§ 13	Beschwerderecht . . . . .	77
§ 14	Leistungsverweigerungsrecht . . . . .	78

§ 15	Entschädigung und Schadensersatz . . . . .	78
§ 16	Maßregelungsverbot . . . . .	86
§ 17	Soziale Verantwortung der Beteiligten . . . . .	86
§ 18	Mitgliedschaft in Vereinigungen. . . . .	88
§ 19	Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot. . . . .	88
§ 20	Zulässige unterschiedliche Behandlung. . . . .	90
§ 21	Ansprüche . . . . .	90
§ 22	Beweislast . . . . .	91
§ 23	Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände. . . . .	94
§ 24	Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse . . . . .	95
§ 27	Aufgaben . . . . .	96
§ 31	Unabdingbarkeit . . . . .	97
§ 33	Übergangsbestimmungen . . . . .	97
<b>Aktiengesetz (AktG) . . . . .</b>		<b>99</b>
§ 15	Verbundene Unternehmen . . . . .	99
§ 16	In Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen und mit Mehrheit beteiligte Unternehmen . . . . .	99
§ 17	Abhängige und herrschende Unternehmen. . . . .	100
§ 18	Konzern und Konzernunternehmen . . . . .	101
§ 95	Zahl der Aufsichtsratsmitglieder. . . . .	102
§ 96	Zusammensetzung des Aufsichtsrats . . . . .	103
§ 97	Bekanntmachung über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats. . . . .	104
§ 98	Gerichtliche Entscheidung über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats . . . . .	105
§ 99	Verfahren . . . . .	106
§ 100	Persönliche Voraussetzungen für Aufsichtsratsmitglieder. . . . .	108
§ 101	Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder . . . . .	110
§ 102	Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder . . . . .	111
§ 103	Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder . . . . .	112
§ 104	Bestellung durch das Gericht . . . . .	113
§ 105	Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zum Vorstand und zum Aufsichtsrat . . . . .	116
§ 106	Bekanntmachung der Änderungen im Aufsichtsrat . . . . .	116
§ 107	Innere Ordnung des Aufsichtsrats . . . . .	117
§ 108	Beschlussfassung des Aufsichtsrats . . . . .	119
§ 109	Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse. . . . .	121
§ 110	Einberufung des Aufsichtsrats . . . . .	122
§ 111	Aufgaben und Rechte des Aufsichtsrats . . . . .	123
§ 112	Vertretung der Gesellschaft gegenüber Vorstandsmitgliedern . . . . .	125
§ 113	Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder. . . . .	126
§ 114	Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern . . . . .	127
§ 115	Kreditgewährung an Aufsichtsratsmitglieder. . . . .	128
§ 116	Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder. . . . .	129

<b>Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG)</b> .....	131
§ 1 Gerichte für Arbeitssachen .....	131
§ 2 Zuständigkeit im Urteilsverfahren .....	132
§ 2a Zuständigkeit im Beschlussverfahren .....	140
§ 3 Zuständigkeit in sonstigen Fällen .....	143
§ 4 Ausschluss der Arbeitsgerichtsbarkeit .....	143
§ 5 Begriff des Arbeitnehmers .....	144
§ 6 Besetzung der Gerichte für Arbeitssachen .....	147
§ 6a Allgemeine Vorschriften über das Präsidium und die Geschäftsverteilung .....	147
§ 7 Geschäftsstelle, Aufbringung der Mittel .....	147
§ 8 Gang des Verfahrens .....	148
§ 9 Allgemeine Verfahrensvorschriften und Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren ..	149
§ 10 Parteifähigkeit .....	152
§ 11 Prozessvertretung .....	154
§ 11a Beiordnung eines Rechtsanwalts, Prozesskostenhilfe .....	157
§ 12 Kosten .....	162
§ 12a Kostentragungspflicht .....	167
§ 13 Rechtshilfe .....	169
§ 13a Internationale Verfahren .....	170
§ 14 Errichtung und Organisation .....	171
§ 15 Verwaltung und Dienstaufsicht .....	171
§ 16 Zusammensetzung .....	171
§ 17 Bildung von Kammern .....	172
§ 18 Ernennung der Vorsitzenden .....	172
§ 19 Ständige Vertretung .....	172
§ 20 Berufung der ehrenamtlichen Richter .....	173
§ 21 Voraussetzungen für die Berufung als ehrenamtlicher Richter .....	173
§ 22 Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitgeber .....	174
§ 23 Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitnehmer .....	174
§ 24 Ablehnung und Niederlegung des ehrenamtlichen Richteramts .....	174
§ 26 Schutz der ehrenamtlichen Richter .....	176
§ 27 Amtsenthebung der ehrenamtlichen Richter .....	176
§ 28 Ordnungsgeld gegen ehrenamtliche Richter .....	176
§ 29 Ausschuss der ehrenamtlichen Richter .....	176
§ 30 Besetzung der Fachkammern .....	177
§ 31 Heranziehung der ehrenamtlichen Richter .....	177
§ 33 Errichtung und Organisation .....	179
§ 34 Verwaltung und Dienstaufsicht .....	179
§ 35 Zusammensetzung, Bildung von Kammern .....	179
§ 36 Vorsitzende .....	179
§ 37 Ehrenamtliche Richter .....	179
§ 38 Ausschuss der ehrenamtlichen Richter .....	179
§ 39 Heranziehung der ehrenamtlichen Richter .....	179
§ 40 Errichtung .....	180

§ 41	Zusammensetzung, Senate . . . . .	180
§ 42	Bundesrichter . . . . .	180
§ 43	Ehrenamtliche Richter . . . . .	180
§ 44	Anhörung der ehrenamtlichen Richter, Geschäftsordnung . . . . .	180
§ 45	Großer Senat . . . . .	180
§ 46	Grundsatz . . . . .	183
§ 46a	Mahnverfahren. . . . .	187
§ 46b	Europäisches Mahnverfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006. . . . .	190
§ 46c	Elektronisches Dokument. . . . .	191
§ 46d	Gerichtliches elektronisches Dokument . . . . .	192
§ 46e	Elektronische Akte; Verordnungsermächtigung . . . . .	192
§ 46f	Formulare; Verordnungsermächtigung . . . . .	192
§ 46g	. . . . .	192
§ 47	Sondervorschriften über Ladung und Einlassung. . . . .	194
§ 48	Rechtsweg und Zuständigkeit. . . . .	194
§ 49	Ablehnung von Gerichtspersonen . . . . .	199
§ 50	Zustellung . . . . .	201
§ 51	Persönliches Erscheinen der Parteien . . . . .	202
§ 52	Öffentlichkeit. . . . .	203
§ 53	Befugnisse des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Richter. . . . .	205
§ 54	Güteverfahren . . . . .	206
§ 54a	Mediation, außergerichtliche Konfliktbeilegung. . . . .	208
§ 55	Alleinentscheidung durch den Vorsitzenden . . . . .	209
§ 56	Vorbereitung der streitigen Verhandlung. . . . .	212
§ 57	Verhandlung vor der Kammer . . . . .	215
§ 58	Beweisaufnahme . . . . .	216
§ 59	Versäumnisverfahren . . . . .	218
§ 60	Verkündung des Urteils. . . . .	221
§ 61	Inhalt des Urteils . . . . .	222
§ 61a	Besondere Prozessförderung in Kündigungsverfahren . . . . .	225
§ 61b	Klage wegen Benachteiligung. . . . .	226
§ 62	Zwangsvollstreckung. . . . .	227
§ 63	Übermittlung von Urteilen in Tarifvertragsachen . . . . .	232
§ 64	Grundsatz. . . . .	233
§ 65	Beschränkung der Berufung . . . . .	239
§ 66	Einlegung der Berufung, Terminbestimmung. . . . .	239
§ 67	Zulassung neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel. . . . .	247
§ 68	Zurückverweisung. . . . .	251
§ 69	Urteil. . . . .	253
§ 72	Grundsatz. . . . .	255
§ 72a	Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	258
§ 72b	Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils. . . . .	271
§ 73	Revisionsgründe. . . . .	273
§ 74	Einlegung der Revision, Terminbestimmung . . . . .	280
§ 75	Urteil. . . . .	285



§ 76	Sprungrevision . . . . .	287
§ 77	Revisionsbeschwerde . . . . .	289
§ 78	Beschwerdeverfahren . . . . .	290
§ 78a	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör . . . . .	293
§ 79	Wiederaufnahme des Verfahrens . . . . .	297
§ 80	Grundsatz . . . . .	301
§ 81	Antrag . . . . .	304
§ 82	Örtliche Zuständigkeit . . . . .	308
§ 83	Verfahren . . . . .	309
§ 83a	Vergleich, Erledigung des Verfahrens . . . . .	314
§ 84	Beschluss . . . . .	316
§ 85	Zwangsvollstreckung . . . . .	318
§ 87	Grundsatz . . . . .	322
§ 88	Beschränkung der Beschwerde . . . . .	324
§ 89	Einlegung . . . . .	324
§ 90	Verfahren . . . . .	326
§ 91	Entscheidung . . . . .	328
§ 92	Rechtsbeschwerdeverfahren, Grundsatz . . . . .	329
§ 92a	Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	331
§ 92b	Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung der Beschwerdeentscheidung . . . . .	332
§ 93	Rechtsbeschwerdegründe . . . . .	332
§ 94	Einlegung . . . . .	332
§ 95	Verfahren . . . . .	335
§ 96	Entscheidung . . . . .	336
§ 96a	Sprungrechtsbeschwerde . . . . .	337
§ 97	Entscheidung über die Tariffähigkeit oder Tarifzuständigkeit einer Vereinigung . . . . .	339
§ 98	Entscheidung über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung oder einer Rechtsverordnung . . . . .	343
§ 99	Entscheidung über den nach § 4a Absatz 2 Satz 2 des Tarifvertragsgesetzes im Betrieb anwendbaren Tarifvertrag . . . . .	348
§ 100	Entscheidung über die Besetzung der Einigungsstelle . . . . .	350
§ 101	Grundsatz . . . . .	355
§ 102	Prozesshindernde Einrede . . . . .	355
§ 103	Zusammensetzung des Schiedsgerichts . . . . .	355
§ 104	Verfahren vor dem Schiedsgericht . . . . .	355
§ 105	Anhörung der Parteien . . . . .	356
§ 106	Beweisaufnahme . . . . .	356
§ 107	Vergleich . . . . .	356
§ 108	Schiedsspruch . . . . .	356
§ 109	Zwangsvollstreckung . . . . .	356
§ 110	Aufhebungsklage . . . . .	356
§ 111	Änderung von Vorschriften . . . . .	360
§ 112	Übergangsregelungen . . . . .	362
§ 113	Berichterstattung . . . . .	363
§ 117	Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten der beteiligten Verwaltungen . . . . .	363

<b>Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz – ArbPlSchG)</b> .....		364
§ 1	Ruhen des Arbeitsverhältnisses.....	364
§ 2	Kündigungsschutz für Arbeitnehmer, Weiterbeschäftigung nach der Berufsausbildung.....	369
§ 3	Wohnraum und Sachbezüge.....	373
§ 4	Erholungsurlaub.....	374
§ 6	Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses.....	375
§ 7	Vorschriften für in Heimarbeit Beschäftigte.....	376
§ 8	Vorschriften für Handelsvertreter.....	376
§ 10	Freiwillige Wehrübungen.....	377
§ 12	Anrechnung der Wehrdienstzeit und der Zeit einer Berufsförderung bei Einstellung entlassener Soldaten.....	377
§ 13	Anrechnung des Wehrdienstes im späteren Berufsleben.....	378
§ 14	Weiterzahlung des Arbeitsentgelts.....	379
 <b>Arbeitszeitgesetz (ArbZG)</b> .....		380
§ 1	Zweck des Gesetzes.....	380
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	380
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer.....	383
§ 4	Ruhepausen.....	385
§ 5	Ruhezeit.....	386
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit.....	388
§ 7	Abweichende Regelungen.....	391
§ 8	Gefährliche Arbeiten.....	395
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe.....	395
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	396
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	400
§ 12	Abweichende Regelungen.....	401
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung.....	402
§ 14	Außergewöhnliche Fälle.....	405
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung.....	406
§ 16	Aushang und Arbeitszeitnachweise.....	407
§ 17	Aufsichtsbehörde.....	408
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes.....	410
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst.....	411
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt.....	411
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt.....	411
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport.....	412
§ 22	Bußgeldvorschriften.....	415
§ 23	Strafvorschriften.....	416
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG.....	416
§ 25	Übergangsregelung für Tarifverträge.....	416

<b>Altersteilzeitgesetz (ATZG)</b> .....	417
§ 1 Grundsatz .....	417
§ 2 Begünstigter Personenkreis .....	418
§ 3 Anspruchsvoraussetzungen .....	421
§ 4 Leistungen .....	424
§ 5 Erlöschen und Ruhen des Anspruchs .....	425
§ 6 Begriffsbestimmungen .....	427
§ 7 Berechnungsvorschriften .....	429
§ 8 Arbeitsrechtliche Regelungen .....	430
§ 8a Insolvenzsicherung .....	431
§ 9 Ausgleichskassen, gemeinsame Einrichtungen .....	433
§ 10 Soziale Sicherung des Arbeitnehmers .....	434
§ 11 Mitwirkungspflichten des Arbeitnehmers .....	435
§ 12 Verfahren .....	436
<b>Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG)</b> .....	438
§ 1 Arbeitnehmerüberlassung, Erlaubnispflicht .....	438
§ 1a Anzeige der Überlassung .....	453
§ 1b Einschränkungen im Baugewerbe .....	454
§ 2 Erteilung und Erlöschen der Erlaubnis .....	456
§ 2a Kosten .....	458
§ 3 Versagung .....	459
§ 3a Lohnuntergrenze .....	464
§ 4 Rücknahme .....	467
§ 5 Widerruf .....	468
§ 6 Verwaltungszwang .....	470
§ 7 Anzeigen und Auskünfte .....	471
§ 8 Grundsatz der Gleichstellung .....	474
§ 9 Unwirksamkeit .....	483
§ 10 Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit .....	488
§ 11 Sonstige Vorschriften über das Leiharbeitsverhältnis .....	492
§ 12 Rechtsbeziehungen zwischen Verleiher und Entleiher .....	497
§ 13 Auskunftsanspruch des Leiharbeitnehmers .....	500
§ 13a Informationspflicht des Entleihers über freie Arbeitsplätze .....	500
§ 13b Zugang des Leiharbeitnehmers zu Gemeinschaftseinrichtungen oder -diensten .....	502
§ 14 Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte .....	503
§ 15 Ausländische Leiharbeitnehmer ohne Genehmigung .....	509
§ 15a Entleih von Ausländern ohne Genehmigung .....	511
§ 16 Ordnungswidrigkeiten .....	512
§ 17 Durchführung .....	517
§ 17a Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung .....	518
§ 17b Meldepflicht .....	518

§ 17c	Erstellen und Bereithalten von Dokumenten .....	519
§ 18	Zusammenarbeit mit anderen Behörden .....	519
§ 18a	Ersatzzustellung an den Verleiher .....	522
§ 19	Übergangsvorschrift .....	522
§ 20	Evaluation .....	523
<b>Berufsbildungsgesetz (BBiG) .....</b>		<b>524</b>
§ 1	Ziele und Begriffe der Berufsbildung .....	524
§ 2	Lernorte der Berufsbildung .....	524
§ 3	Anwendungsbereich .....	525
§ 4	Anerkennung von Ausbildungsberufen .....	525
§ 5	Ausbildungsordnung .....	526
§ 6	Erprobung neuer Ausbildungsberufe, Ausbildungs- und Prüfungsformen .....	526
§ 7	Anrechnung beruflicher Vorbildung auf die Ausbildungszeit .....	526
§ 8	Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit .....	527
§ 9	Regelungsbefugnis .....	528
§ 10	Vertrag .....	528
§ 11	Vertragsniederschrift .....	529
§ 12	Nichtige Vereinbarungen .....	530
§ 13	Verhalten während der Berufsausbildung .....	531
§ 14	Berufsausbildung .....	531
§ 15	Freistellung .....	532
§ 16	Zeugnis .....	532
§ 17	Vergütungsanspruch .....	532
§ 18	Bemessung und Fälligkeit der Vergütung .....	534
§ 19	Fortzahlung der Vergütung .....	534
§ 20	Probezeit .....	534
§ 21	Beendigung .....	534
§ 22	Kündigung .....	535
§ 23	Schadensersatz bei vorzeitiger Beendigung .....	536
§ 24	Weiterarbeit .....	536
§ 25	Unabdingbarkeit .....	536
§ 26	Andere Vertragsverhältnisse .....	536
§ 27	Eignung der Ausbildungsstätte .....	537
§ 28	Eignung von Ausbildenden und Ausbildern oder Ausbilderinnen .....	537
§ 29	Persönliche Eignung .....	538
§ 30	Fachliche Eignung .....	538
§ 31	Europaklausel .....	539
§ 31a	Sonstige ausländische Vorqualifikationen .....	539
§ 32	Überwachung der Eignung .....	539
§ 33	Untersagung des Einstellens und Ausbildens .....	540
§ 34	Einrichten, Führen .....	540
§ 35	Eintragen, Ändern, Löschen .....	540
§ 36	Antrag und Mitteilungspflichten .....	541

§ 37	Abschlussprüfung. . . . .	541
§ 38	Prüfungsgegenstand. . . . .	542
§ 39	Prüfungsausschüsse . . . . .	542
§ 40	Zusammensetzung, Berufung. . . . .	543
§ 41	Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung . . . . .	543
§ 42	Beschlussfassung, Bewertung der Abschlussprüfung. . . . .	543
§ 43	Zulassung zur Abschlussprüfung . . . . .	544
§ 44	Zulassung zur Abschlussprüfung bei zeitlich auseinander fallenden Teilen . . . . .	544
§ 45	Zulassung in besonderen Fällen . . . . .	544
§ 46	Entscheidung über die Zulassung. . . . .	545
§ 47	Prüfungsordnung. . . . .	545
§ 48	Zwischenprüfungen. . . . .	545
§ 49	Zusatzqualifikationen . . . . .	546
§ 50	Gleichstellung von Prüfungszeugnissen. . . . .	546
§ 50a	Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen . . . . .	546
§ 51	Interessenvertretung . . . . .	546
§ 53	Fortbildungsordnung . . . . .	547
§ 54	Fortbildungsprüfungsregelungen der zuständigen Stellen . . . . .	547
§ 55	Berücksichtigung ausländischer Vorqualifikationen . . . . .	547
§ 56	Fortbildungsprüfungen . . . . .	547
§ 57	Gleichstellung von Prüfungszeugnissen. . . . .	548
§ 61	Berücksichtigung ausländischer Vorqualifikationen . . . . .	548
§ 64	Berufsausbildung. . . . .	548
§ 65	Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen . . . . .	548
§ 66	Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen . . . . .	549
§ 68	Personenkreis und Anforderungen . . . . .	549
§ 69	Qualifizierungsbausteine, Bescheinigung . . . . .	549
§ 70	Überwachung, Beratung. . . . .	549
§ 76	Überwachung, Beratung. . . . .	550

<b>Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit</b>		
<b>(Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG)</b> . . . . .		551
§ 15	Anspruch auf Elternzeit. . . . .	551
§ 16	Inanspruchnahme der Elternzeit . . . . .	558
§ 17	Urlaub. . . . .	562
§ 18	Kündigungsschutz. . . . .	564
§ 19	Kündigung zum Ende der Elternzeit . . . . .	566
§ 20	Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte . . . . .	567
§ 21	Befristete Arbeitsverträge. . . . .	567
§ 27	Übergangsvorschrift. . . . .	570

<b>Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung</b>		
<b>(Betriebsrentengesetz – BetrAVG)</b> . . . . .		572

Vorbemerkung . . . . .	572
------------------------	-----

<b>Erster Teil Arbeitsrechtliche Vorschriften</b> . . . . .	573
<b>Erster Abschnitt Durchführung der betrieblichen Altersversorgung</b> . . . . .	573
§ 1 Zusage des Arbeitgebers auf betriebliche Altersversorgung . . . . .	573
§ 1a Anspruch auf betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung . . . . .	574
§ 1b Unverfallbarkeit und Durchführung der betrieblichen Altersversorgung . . . . .	574
§ 2 Höhe der unverfallbaren Anwartschaft . . . . .	575
§ 2a Berechnung und Wahrung des Teilanspruchs . . . . .	577
§ 3 Abfindung . . . . .	577
§ 4 Übertragung . . . . .	577
§ 4a Auskunftsspflichten . . . . .	578
<b>Zweiter Abschnitt Auszehrungsverbot</b> . . . . .	579
§ 5 Auszehrung und Anrechnung . . . . .	579
<b>Dritter Abschnitt Altersgrenze</b> . . . . .	579
§ 6 Vorzeitige Altersleistung . . . . .	579
<b>Vierter Abschnitt Insolvenzversicherung</b> . . . . .	579
§ 7 Umfang des Versicherungsschutzes . . . . .	579
§ 8 Übertragung der Leistungspflicht . . . . .	581
§ 8a Abfindung durch den Träger der Insolvenzversicherung . . . . .	581
§ 9 Mitteilungspflicht, Forderungs- und Vermögensübergang . . . . .	581
§ 10 Beitragspflicht und Beitragsbemessung . . . . .	582
§ 10a Säumniszuschläge, Zinsen, Verjährung . . . . .	583
§ 11 Melde-, Auskunfts- und Mitteilungspflichten . . . . .	583
§ 12 Ordnungswidrigkeiten . . . . .	584
§ 13 . . . . .	584
§ 14 Träger der Insolvenzversicherung . . . . .	584
§ 15 Verschwiegenheitspflicht . . . . .	585
<b>Fünfter Abschnitt Anpassung</b> . . . . .	586
§ 16 Anpassungsprüfungspflicht . . . . .	586
<b>Sechster Abschnitt Geltungsbereich</b> . . . . .	586
§ 17 Persönlicher Geltungsbereich . . . . .	586
§ 18 Sonderregelungen für den öffentlichen Dienst . . . . .	586
§ 18a Verjährung . . . . .	588
<b>Siebter Abschnitt Betriebliche Altersversorgung und Tarifvertrag</b> . . . . .	589
<b>Unterabschnitt 1 Tariföffnung; Optionssysteme</b> . . . . .	589
§ 19 Allgemeine Tariföffnungsklausel . . . . .	589
§ 20 Tarifvertrag und Entgeltumwandlung; Optionssysteme . . . . .	589
<b>Unterabschnitt 2 Tarifvertrag und reine Beitragszusage</b> . . . . .	589
§ 21 Tarifvertragsparteien . . . . .	589
§ 22 Arbeitnehmer und Versorgungseinrichtung . . . . .	590

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 23	Zusatzbeiträge des Arbeitgebers .....	590
§ 24	Nichttarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer .....	590
§ 25	Verordnungsermächtigung .....	590

### Zweiter Teil Übergangs- und Schlußvorschriften .....

§ 26	.....	590
§ 26a	Übergangsvorschrift zu § 1a Absatz 1a .....	590
§ 27	.....	591
§ 28	.....	591
§ 29	.....	591
§ 30	.....	591
§ 30a	.....	591
§ 30b	.....	591
§ 30c	.....	591
§ 30d	Übergangsregelung zu § 18 .....	591
§ 30e	.....	592
§ 30f	.....	592
§ 30g	.....	593
§ 30h	.....	593
§ 30i	.....	593
§ 30j	Übergangsregelung zu § 20 Absatz 2 .....	593
§ 31	.....	593
§ 32	.....	593

### Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) .....

§ 1	Errichtung von Betriebsräten .....	594
§ 2	Stellung der Gewerkschaften und Vereinigungen der Arbeitgeber .....	599
§ 3	Abweichende Regelungen .....	602
§ 4	Betriebsteile, Kleinbetriebe .....	606
§ 5	Arbeitnehmer .....	609
§ 7	Wahlberechtigung .....	617
§ 8	Wählbarkeit .....	620
§ 9	Zahl der Betriebsratsmitglieder .....	621
§ 11	Ermäßigte Zahl der Betriebsratsmitglieder .....	623
§ 13	Zeitpunkt der Betriebsratswahlen .....	624
§ 14	Wahlvorschriften .....	626
§ 14a	Vereinfachtes Wahlverfahren für Kleinbetriebe .....	632
§ 15	Zusammensetzung nach Beschäftigungsarten und Geschlechter .....	633
§ 16	Bestellung des Wahlvorstands .....	635
§ 17	Bestellung des Wahlvorstands in Betrieben ohne Betriebsrat .....	638
§ 18	Vorbereitung und Durchführung der Wahl .....	640
§ 18a	Zuordnung der leitenden Angestellten bei Wahlen .....	642
§ 19	Wahlanfechtung .....	644
§ 20	Wahlschutz und Wahlkosten .....	649

§ 21	Amtszeit . . . . .	652
§ 21a	Übergangsmandat . . . . .	653
§ 21b	Restmandat . . . . .	656
§ 22	Weiterführung der Geschäfte des Betriebsrats . . . . .	658
§ 23	Verletzung gesetzlicher Pflichten . . . . .	658
§ 24	Erlöschen der Mitgliedschaft . . . . .	667
§ 25	Ersatzmitglieder . . . . .	668
§ 26	Vorsitzender . . . . .	671
§ 27	Betriebsausschuss . . . . .	673
§ 28	Übertragung von Aufgaben auf Ausschüsse . . . . .	675
§ 28a	Übertragung von Aufgaben auf Arbeitsgruppen . . . . .	676
§ 29	Einberufung der Sitzungen . . . . .	677
§ 30	Betriebsratssitzungen . . . . .	678
§ 31	Teilnahme der Gewerkschaften . . . . .	679
§ 32	Teilnahme der Schwerbehindertenvertretung . . . . .	680
§ 33	Beschlüsse des Betriebsrats . . . . .	681
§ 34	Sitzungsniederschrift . . . . .	682
§ 35	Aussetzung von Beschlüssen . . . . .	683
§ 36	Geschäftsordnung . . . . .	684
§ 37	Ehrenamtliche Tätigkeit, Arbeitsversäumnis . . . . .	685
§ 38	Freistellungen . . . . .	698
§ 39	Sprechstunden . . . . .	703
§ 40	Kosten und Sachaufwand des Betriebsrats . . . . .	704
§ 41	Umlageverbot . . . . .	713
§ 42	Zusammensetzung, Teilversammlung, Abteilungsversammlung . . . . .	713
§ 43	Regelmäßige Betriebs- und Abteilungsversammlungen . . . . .	715
§ 44	Zeitpunkt und Verdienstausfall . . . . .	717
§ 45	Themen der Betriebs- und Abteilungsversammlungen . . . . .	719
§ 46	Beauftragte der Verbände . . . . .	720
§ 47	Voraussetzungen der Errichtung, Mitgliederzahl, Stimmengewicht . . . . .	720
§ 48	Ausschluss von Gesamtbetriebsratsmitgliedern . . . . .	723
§ 49	Erlöschen der Mitgliedschaft . . . . .	724
§ 50	Zuständigkeit . . . . .	725
§ 51	Geschäftsführung . . . . .	728
§ 52	Teilnahme der Gesamtschwerbehindertenvertretung . . . . .	730
§ 53	Betriebsräteversammlung . . . . .	730
§ 54	Errichtung des Konzernbetriebsrats . . . . .	732
§ 55	Zusammensetzung des Konzernbetriebsrats, Stimmengewicht . . . . .	734
§ 56	Ausschluss von Konzernbetriebsratsmitgliedern . . . . .	735
§ 57	Erlöschen der Mitgliedschaft . . . . .	735
§ 58	Zuständigkeit . . . . .	736
§ 59	Geschäftsführung . . . . .	738
§ 59a	Teilnahme der Konzernschwerbehindertenvertretung . . . . .	738
§ 60	Errichtung und Aufgabe . . . . .	739
§ 61	Wahlberechtigung und Wählbarkeit . . . . .	739



§ 62	Zahl der Jugend- und Auszubildendenvertreter, Zusammensetzung der Jugend- und Auszubildendenvertretung . . . . .	740
§ 63	Wahlvorschriften . . . . .	740
§ 64	Zeitpunkt der Wahlen und Amtszeit . . . . .	741
§ 65	Geschäftsführung. . . . .	742
§ 66	Aussetzung von Beschlüssen des Betriebsrats . . . . .	743
§ 67	Teilnahme an Betriebsratssitzungen . . . . .	744
§ 68	Teilnahme an gemeinsamen Besprechungen . . . . .	745
§ 69	Sprechstunden . . . . .	745
§ 70	Allgemeine Aufgaben. . . . .	746
§ 71	Jugend- und Auszubildendenversammlung. . . . .	747
§ 72	Voraussetzungen der Errichtung, Mitgliederzahl, Stimmengewicht . . . . .	748
§ 73	Geschäftsführung und Geltung sonstiger Vorschriften. . . . .	749
§ 73a	Voraussetzung der Errichtung, Mitgliederzahl, Stimmengewicht . . . . .	750
§ 73b	Geschäftsführung und Geltung sonstiger Vorschriften. . . . .	750
§ 74	Grundsätze für die Zusammenarbeit . . . . .	751
§ 75	Grundsätze für die Behandlung der Betriebsangehörigen . . . . .	755
§ 76	Einigungsstelle . . . . .	759
§ 76a	Kosten der Einigungsstelle . . . . .	764
§ 77	Durchführung gemeinsamer Beschlüsse, Betriebsvereinbarungen. . . . .	766
§ 78	Schutzbestimmungen . . . . .	776
§ 78a	Schutz Auszubildender in besonderen Fällen . . . . .	778
§ 79	Geheimhaltungspflicht . . . . .	780
§ 80	Allgemeine Aufgaben. . . . .	781
§ 81	Unterrichtungs- und Erörterungspflicht des Arbeitgebers . . . . .	786
§ 82	Anhörungs- und Erörterungsrecht des Arbeitnehmers. . . . .	787
§ 83	Einsicht in die Personalakten . . . . .	788
§ 84	Beschwerderecht . . . . .	789
§ 85	Behandlung von Beschwerden durch den Betriebsrat . . . . .	789
§ 86	Ergänzende Vereinbarungen . . . . .	789
§ 86a	Vorschlagsrecht der Arbeitnehmer . . . . .	791
§ 87	Mitbestimmungsrechte . . . . .	791
§ 88	Freiwillige Betriebsvereinbarungen. . . . .	809
§ 89	Arbeits- und betrieblicher Umweltschutz . . . . .	811
§ 90	Unterrichtungs- und Beratungsrechte . . . . .	812
§ 91	Mitbestimmungsrecht. . . . .	812
§ 92	Personalplanung . . . . .	814
§ 92a	Beschäftigungssicherung . . . . .	815
§ 93	Ausschreibung von Arbeitsplätzen . . . . .	816
§ 94	Personalfragebogen, Beurteilungsgrundsätze. . . . .	817
§ 95	Auswahlrichtlinien. . . . .	818
§ 96	Förderung der Berufsbildung . . . . .	820
§ 97	Einrichtungen und Maßnahmen der Berufsbildung . . . . .	821
§ 98	Durchführung betrieblicher Bildungsmaßnahmen. . . . .	823
§ 99	Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen . . . . .	824
§ 100	Vorläufige personelle Maßnahmen. . . . .	839

§ 101	Zwangsgeld.....	840
§ 102	Mitbestimmung bei Kündigungen.....	842
§ 103	Außerordentliche Kündigung und Versetzung in besonderen Fällen.....	852
§ 104	Entfernung betriebsstörender Arbeitnehmer.....	857
§ 105	Leitende Angestellte.....	858
§ 106	Wirtschaftsausschuss.....	858
§ 107	Bestellung und Zusammensetzung des Wirtschaftsausschusses.....	862
§ 108	Sitzungen.....	864
§ 109	Beilegung von Meinungsverschiedenheiten.....	866
§ 109a	Unternehmensübernahme.....	868
§ 110	Unterrichtung der Arbeitnehmer.....	868
§ 111	Betriebsänderungen.....	869
§ 112	Interessenausgleich über die Betriebsänderung, Sozialplan.....	875
§ 112a	Erzwingbarer Sozialplan bei Personalabbau, Neugründungen.....	876
§ 113	Nachteilsausgleich.....	883
§ 114	Grundsätze.....	885
§ 115	Bordvertretung.....	885
§ 116	Seebetriebsrat.....	887
§ 117	Geltung für die Luftfahrt.....	889
§ 118	Geltung für Tendenzbetriebe und Religionsgemeinschaften.....	889
§ 119	Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder.....	892
§ 120	Verletzung von Geheimnissen.....	893
§ 121	Bußgeldvorschriften.....	893
§ 126	Ermächtigung zum Erlass von Wahlordnungen.....	895
§ 130	Öffentlicher Dienst.....	896
 <b>Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).....</b>		<b>897</b>
§ 12	Namensrecht.....	897
§ 13	Verbraucher.....	897
§ 21	Nicht wirtschaftlicher Verein.....	897
§ 22	Wirtschaftlicher Verein.....	897
§ 26	Vorstand; Vertretung.....	898
§ 27	Bestellung und Geschäftsführung des Vorstands.....	898
§ 30	Besondere Vertreter.....	898
§ 31	Haftung des Vereins für Organe.....	899
§ 31a	Haftung von Organmitgliedern und besonderen Vertretern.....	899
§ 31b	Haftung von Vereinsmitgliedern.....	899
§ 32	Mitgliederversammlung; Beschlussfassung.....	900
§ 38	Mitgliedschaft.....	900
§ 39	Austritt aus dem Verein.....	900
§ 54	Nicht rechtsfähige Vereine.....	901
§ 113	Dienst- oder Arbeitsverhältnis.....	901
§ 117	Scheingeschäft.....	902
§ 119	Anfechtbarkeit wegen Irrtums.....	902
§ 120	Anfechtung wegen falscher Übermittlung.....	903
§ 121	Anfechtungsfrist.....	903

§ 122	Schadensersatzpflicht des Anfechtenden	904
§ 123	Anfechtbarkeit wegen Täuschung oder Drohung	904
§ 124	Anfechtungsfrist	907
§ 125	Nichtigkeit wegen Formmangels	907
§ 126	Schriftform	907
§ 126a	Elektronische Form	908
§ 126b	Textform	908
§ 127	Vereinbarte Form	909
§ 127a	Gerichtlicher Vergleich	910
§ 130	Wirksamwerden der Willenserklärung gegenüber Abwesenden	910
§ 133	Auslegung einer Willenserklärung	912
§ 134	Gesetzliches Verbot	913
§ 138	Sittenwidriges Rechtsgeschäft; Wucher	914
§ 139	Teilnichtigkeit	915
§ 140	Umdeutung	916
§ 141	Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts	916
§ 142	Wirkung der Anfechtung	917
§ 144	Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts	917
§ 145	Bindung an den Antrag	917
§ 146	Erlöschen des Antrags	917
§ 147	Annahmefrist	917
§ 148	Bestimmung einer Annahmefrist	917
§ 149	Verspätet zugewandene Annahmeerklärung	917
§ 150	Verspätete und abändernde Annahme	918
§ 151	Annahme ohne Erklärung gegenüber dem Antragenden	919
§ 154	Offener Einigungsmangel; fehlende Beurkundung	919
§ 157	Auslegung von Verträgen	920
§ 164	Wirkung der Erklärung des Vertreters	920
§ 166	Willensmängel; Wissenszurechnung	920
§ 167		921
§ 168	Erlöschen der Vollmacht	921
§ 170	Wirkungsdauer der Vollmacht	921
§ 171	Wirkungsdauer bei Kundgebung	921
§ 172	Vollmachtsurkunde	921
§ 173	Wirkungsdauer bei Kenntnis und fahrlässiger Unkenntnis	921
§ 174	Einseitiges Rechtsgeschäft eines Bevollmächtigten	922
§ 175	Rückgabe der Vollmachtsurkunde	923
§ 177	Vertragsschluss durch Vertreter ohne Vertretungsmacht	923
§ 178	Widerrufsrecht des anderen Teils	924
§ 179	Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht	924
§ 180	Einseitiges Rechtsgeschäft	924
§ 181	Insichgeschäft	925
§ 186		925
§ 187	Fristbeginn	925
§ 188	Fristende	925
§ 189	Berechnung einzelner Fristen	925

§ 190	Fristverlängerung . . . . .	925
§ 191	Berechnung von Zeiträumen . . . . .	925
§ 192	Anfang, Mitte, Ende des Monats . . . . .	925
§ 193	Sonn- und Feiertag; Sonnabend . . . . .	926
§ 194	Gegenstand der Verjährung . . . . .	926
§ 195	Regelmäßige Verjährungsfrist . . . . .	926
§ 197	Dreißigjährige Verjährungsfrist . . . . .	927
§ 199	Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist und Verjährungshöchstfristen . . . . .	927
§ 202	Unzulässigkeit von Vereinbarungen über die Verjährung . . . . .	928
§ 203	Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen . . . . .	929
§ 204	Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung . . . . .	929
§ 205	Hemmung der Verjährung bei Leistungsverweigerungsrecht . . . . .	930
§ 206	Hemmung der Verjährung bei höherer Gewalt . . . . .	931
§ 209	Wirkung der Hemmung . . . . .	931
§ 212	Neubeginn der Verjährung . . . . .	931
§ 214	Wirkung der Verjährung . . . . .	932
§ 215	Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht nach Eintritt der Verjährung . . . . .	932
§ 241	Pflichten aus dem Schuldverhältnis . . . . .	932
§ 242	Leistung nach Treu und Glauben . . . . .	933
§ 246	Gesetzlicher Zinssatz . . . . .	934
§ 247	Basiszinssatz . . . . .	934
§ 266	Teilleistungen . . . . .	935
§ 269	Leistungsort . . . . .	935
§ 270	Zahlungsort . . . . .	935
§ 271	Leistungszeit . . . . .	936
§ 271a	Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- oder Abnahmefristen . . . . .	936
§ 273	Zurückbehaltungsrecht . . . . .	937
§ 274	Wirkungen des Zurückbehaltungsrechts . . . . .	937
§ 275	Ausschluss der Leistungspflicht . . . . .	938
§ 276	Verantwortlichkeit des Schuldners . . . . .	939
§ 278	Verantwortlichkeit des Schuldners für Dritte . . . . .	940
§ 280	Schadenersatz wegen Pflichtverletzung . . . . .	941
§ 281	Schadenersatz statt der Leistung wegen nicht oder nicht wie geschuldet erbrachter Leistung . . . . .	941
§ 282	Schadenersatz statt der Leistung wegen Verletzung einer Pflicht nach § 241 Abs. 2 . . . . .	941
§ 283	Schadenersatz statt der Leistung bei Ausschluss der Leistungspflicht . . . . .	941
§ 284	Ersatz vergeblicher Aufwendungen . . . . .	942
§ 285	Herausgabe des Ersatzes . . . . .	943
§ 286	Verzug des Schuldners . . . . .	943
§ 287	Verantwortlichkeit während des Verzugs . . . . .	943
§ 288	Verzugszinsen . . . . .	944
§ 289	Zinseszinsverbot . . . . .	944
§ 291	Prozesszinsen . . . . .	945
§ 293	Annahmeverzug . . . . .	945
§ 294	Tatsächliches Angebot . . . . .	945
§ 295	Wörtliches Angebot . . . . .	946

§ 296	Entbehrlichkeit des Angebots . . . . .	946
§ 297	Unvermögen des Schuldners . . . . .	947
§ 298	Zug-um-Zug-Leistungen . . . . .	948
§ 305	Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen in den Vertrag . . . . .	948
§ 305b	Vorrang der Individualabrede . . . . .	949
§ 305c	Überraschende oder mehrdeutige Klauseln . . . . .	950
§ 306	Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit . . . . .	952
§ 306a	Umgehungsverbot . . . . .	953
§ 307	Inhaltskontrolle . . . . .	953
§ 308	Klauselverbot mit Wertungsmöglichkeit . . . . .	958
§ 309	Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit . . . . .	961
§ 310	Anwendungsbereich . . . . .	963
§ 311	Rechtsgeschäftliche und rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse . . . . .	965
§ 311a	Leistungshindernis bei Vertragsschluss . . . . .	967
§ 312	Anwendungsbereich . . . . .	968
§ 312g	. . . . .	968
§ 313	Störung der Geschäftsgrundlage . . . . .	968
§ 314	Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund . . . . .	970
§ 315	Bestimmung der Leistung durch eine Partei . . . . .	970
§ 316	Bestimmung der Gegenleistung . . . . .	973
§ 320	Einrede des nicht erfüllten Vertrags . . . . .	973
§ 326	Befreiung von der Gegenleistung und Rücktritt beim Ausschluss der Leistungspflicht . . . . .	973
§ 339	Verwirkung der Vertragsstrafe . . . . .	974
§ 340	Strafversprechen für Nichterfüllung . . . . .	974
§ 341	Strafversprechen für nicht gehörige Erfüllung . . . . .	974
§ 343	Herabsetzung der Strafe . . . . .	974
§ 344	Unwirksames Strafversprechen . . . . .	975
§ 345	Beweislast . . . . .	975
§ 362	Erlöschen durch Leistung . . . . .	975
§ 363	Beweislast bei Annahme als Erfüllung . . . . .	975
§ 364	Annahme an Erfüllungs statt . . . . .	976
§ 366	Anrechnung der Leistung auf mehrere Forderungen . . . . .	976
§ 368	Quittung . . . . .	976
§ 387	Voraussetzungen . . . . .	977
§ 388	Erklärung der Aufrechnung . . . . .	977
§ 389	Wirkung der Aufrechnung . . . . .	977
§ 390	Keine Aufrechnung mit einredebehafteter Forderung . . . . .	977
§ 392	Aufrechnung gegen beschlagnahmte Forderung . . . . .	977
§ 393	Keine Aufrechnung aus unerlaubter Handlung . . . . .	977
§ 394	Keine Aufrechnung gegen unpfändbare Forderung . . . . .	977
§ 397	Erlassvertrag; negatives Schuldanerkenntnis . . . . .	978
§ 398	Abtretung . . . . .	979
§ 399	Ausschluss der Abtretung bei Inhaltsänderung oder Vereinbarung . . . . .	979
§ 400	Ausschluss bei unpfändbaren Forderungen . . . . .	980
§ 576	Fristen der ordentlichen Kündigung bei Werkmietwohnungen . . . . .	980
§ 576a	Besonderheiten des Widerspruchsrechts bei Werkmietwohnungen . . . . .	980

§ 576b	Entsprechende Geltung des Mietrechts bei Werkdienstwohnungen . . . . .	980
§ 611	Vertragstypische Pflichten beim Dienstvertrag . . . . .	981
§ 611a	Arbeitsvertrag . . . . .	982
§ 612	Vergütung . . . . .	1086
§ 612a	Maßregelungsverbot . . . . .	1091
§ 613	Unübertragbarkeit . . . . .	1095
§ 613a	Rechte und Pflichten bei Betriebsübergang . . . . .	1096
§ 614	Fälligkeit der Vergütung . . . . .	1145
§ 615	Vergütung bei Annahmeverzug und bei Betriebsrisiko . . . . .	1147
§ 616	Vorübergehende Verhinderung . . . . .	1165
§ 617	Pflicht zur Krankenfürsorge . . . . .	1170
§ 618	Pflicht zu Schutzmaßnahmen . . . . .	1171
§ 619	Unabdingbarkeit der Fürsorgepflichten . . . . .	1176
§ 619a	Beweislast bei Haftung des Arbeitnehmers . . . . .	1177
§ 620	Beendigung des Dienstverhältnisses . . . . .	1177
§ 621	Kündigungsfristen bei Dienstverhältnissen . . . . .	1179
§ 622	Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen . . . . .	1179
§ 623	Schriftform der Kündigung . . . . .	1183
§ 624	Kündigungsfrist bei Verträgen über mehr als fünf Jahre . . . . .	1185
§ 625	Stillschweigende Verlängerung . . . . .	1185
§ 626	Fristlose Kündigung aus wichtigem Grund . . . . .	1189
§ 627	Fristlose Kündigung bei Vertrauensstellung . . . . .	1248
§ 628	Teilvergütung und Schadensersatz bei fristloser Kündigung . . . . .	1249
§ 629	Freizeit zur Stellungsuche . . . . .	1261
§ 630	Pflicht zur Zeugniserteilung . . . . .	1263
§ 666	Auskunfts- und Rechenschaftspflicht . . . . .	1263
§ 667	Herausgabepflicht . . . . .	1264
§ 670	Ersatz von Aufwendungen . . . . .	1264
§ 675	Entgeltliche Geschäftsbesorgung . . . . .	1265
§ 687	Unechte Geschäftsführung . . . . .	1265
§ 779	Begriff des Vergleichs, Irrtum über die Vergleichsgrundlage . . . . .	1266
§ 780	Schuldversprechen . . . . .	1266
§ 781	BGBSchuldanerkenntnis . . . . .	1267
§ 782	Formfreiheit bei Vergleich . . . . .	1267
§ 812	Herausgabeanspruch . . . . .	1268
§ 814	Kenntnis der Nichtschuld . . . . .	1269
§ 817	Verstoß gegen Gesetz oder gute Sitten . . . . .	1269
§ 818	Umfang des Bereicherungsanspruchs . . . . .	1269
§ 823	Schadensersatzpflicht . . . . .	1270
§ 824	Kreditgefährdung . . . . .	1271
§ 826	Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung . . . . .	1271
§ 840	Haftung mehrerer . . . . .	1272
§ 854	Besitz . . . . .	1273
§ 855	Besitzdiener . . . . .	1273
§ 858	Verbotene Eigenmacht . . . . .	1273
§ 859	Selbsthilfe des Besitzers . . . . .	1273

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 860	Selbsthilfe des Besitzdieners .....	1273
§ 861	Anspruch wegen Besitzentziehung .....	1273
§ 862	Anspruch wegen Besitzstörung .....	1274
§ 863	Einwendungen des Entziehers oder Störers .....	1274
§ 950	Verarbeitung .....	1274
§ 1004	Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch .....	1275

### **Bundespersönlichkeitsgesetz (BPersVG) .....** 1276

§ 47	Außerordentliche Kündigung und Versetzung von Personalratsmitgliedern .....	1276
§ 72	Konsultationspflicht der Dienststelle .....	1276
§ 79	Mitwirkung des Personalrats bei ordentlichen Kündigungen, Anhörung des Personalrats bei außerordentlichen Kündigungen .....	1276
§ 108	Kündigungsschutz .....	1277
§ 108	Kündigungsschutz .....	1280

### **Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer (Bundesurlaubsgesetz – BUrlG) .....** 1292

§ 1	Urlaubsanspruch .....	1292
§ 2	Geltungsbereich .....	1295
§ 3	Dauer des Urlaubs .....	1296
§ 4	Wartezeit .....	1300
§ 5	Teilurlaub .....	1301
§ 6	Ausschluss von Doppelansprüchen .....	1305
§ 7	Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs .....	1307
§ 8	Erwerbstätigkeit während des Urlaubs .....	1323
§ 9	Erkrankung während des Urlaubs .....	1324
§ 10	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation .....	1326
§ 11	Urlaubsentgelt .....	1328
§ 12	Urlaub im Bereich der Heimarbeit .....	1334
§ 13	Unabdingbarkeit .....	1338
§ 14	Berlin-Klausel .....	1344
§ 15	Änderung und Aufhebung von Gesetzen .....	1344
§ 15a	Übergangsvorschrift .....	1345
§ 16	Inkrafttreten .....	1345

### **Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (Drittelbeteiligungsgesetz – DrittelbG) .....** 1346

§ 1	Erfasste Unternehmen .....	1346
§ 2	Konzern .....	1349
§ 3	Arbeitnehmer, Betrieb .....	1350
§ 4	Zusammensetzung .....	1351
§ 5	Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer .....	1352
§ 6	Wahlvorschläge .....	1352

§ 7	Ersatzmitglieder . . . . .	1353
§ 8	Bekanntmachung der Mitglieder des Aufsichtsrats . . . . .	1353
§ 9	Schutz von Aufsichtsratsmitgliedern vor Benachteiligung . . . . .	1353
§ 10	Wahlschutz und Wahlkosten . . . . .	1354
§ 11	Anfechtung der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer . . . . .	1354
§ 12	Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer . . . . .	1354
§ 13	Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen . . . . .	1356
§ 14	Verweisungen . . . . .	1356
§ 15	. . . . .	1356

**Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) . . . . . 1357**

**Einleitung . . . . . 1357**

Art 1	Gegenstand und Ziele . . . . .	1357
Art 2	Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	1357
Art 3	Räumlicher Anwendungsbereich . . . . .	1357
Art 4	Begriffsbestimmungen . . . . .	1361
Art 5	Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	1367
Art 6	Rechtmäßigkeit der Verarbeitung . . . . .	1367
Art 7	Bedingungen für die Einwilligung . . . . .	1372
Art 12	Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person . . . . .	1372
Art 13	Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person . . . . .	1373

**C. Informationspflichten ohne Direkterhebung . . . . . 1376**

Art. 14	Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden . . . . .	1376
Art 15	Auskunftsrecht der betroffenen Person . . . . .	1379
Art 16	Recht auf Berichtigung . . . . .	1381
Art 17	Recht auf Löschung (»Recht auf Vergessenwerden«) . . . . .	1383
Art 18	Recht auf Einschränkung der Verarbeitung . . . . .	1385
Art 19	Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung . . . . .	1386
Art 20	Recht auf Datenübertragbarkeit . . . . .	1386
Art 22	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling . . . . .	1387
Art 23	Beschränkungen . . . . .	1388
Art 28	Auftragsverarbeiter . . . . .	1389

**Abschnitt 2 Sicherheit personenbezogener Daten . . . . . 1391**

Art 32	Sicherheit der Verarbeitung . . . . .	1391
Art 33	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde . . . . .	1392
Art 35	Datenschutz-Folgenabschätzung . . . . .	1392
Art 36	Vorherige Konsultation . . . . .	1393



<b>Abschnitt 4 Datenschutzbeauftragter</b> .....	1394
Art 37 Benennung eines Datenschutzbeauftragten .....	1394
Art 38 Stellung des Datenschutzbeauftragten .....	1399
Art 39 Aufgaben des Datenschutzbeauftragten .....	1401
Art 44 DSGVO Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung .....	1402
Art 45 Datenübermittlung auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses .....	1402
Art 46 Datenübermittlung vorbehaltlich geeigneter Garantien .....	1403
Art 47 Verbindliche interne Datenschutzvorschriften .....	1404
Art 48 Nach dem Unionsrecht nicht zulässige Übermittlung oder Offenlegung .....	1405
Art 49 Ausnahmen für bestimmte Fälle .....	1405
Art 50 Internationale Zusammenarbeit zum Schutz personenbezogener Daten .....	1406
Art 82 Haftung und Recht auf Schadenersatz .....	1406
Art 88 Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext .....	1407
<b>Gesetz über Europäische Betriebsräte (Europäische Betriebsräte-Gesetz – EBRG)</b> .....	1414
Vorbemerkung .....	1414
§ 1 Grenzübergreifende Unterrichtung und Anhörung .....	1416
§ 2 Geltungsbereich .....	1419
§ 3 Gemeinschaftsweite Tätigkeit .....	1420
§ 4 Berechnung der Arbeitnehmerzahlen .....	1421
§ 5 Auskunftsanspruch .....	1422
§ 6 Herrschendes Unternehmen .....	1424
§ 7 Europäischer Betriebsrat in Unternehmensgruppen .....	1426
§ 8 Aufgabe .....	1426
§ 9 Bildung .....	1427
§ 10 Zusammensetzung .....	1428
§ 11 Bestellung inländischer Arbeitnehmervertreter .....	1429
§ 12 Unterrichtung über die Mitglieder des besonderen Verhandlungsgremiums .....	1431
§ 13 Sitzungen, Geschäftsordnung, Sachverständige .....	1431
§ 14 Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern aus Drittstaaten .....	1433
§ 15 Beschluss über Beendigung der Verhandlungen .....	1433
§ 16 Kosten und Sachaufwand .....	1434
§ 17 Gestaltungsfreiheit .....	1434
§ 18 Europäischer Betriebsrat kraft Vereinbarung .....	1436
§ 19 Verfahren zur Unterrichtung und Anhörung .....	1439
§ 20 Übergangsbestimmung .....	1440
§ 21 Voraussetzungen .....	1441
§ 22 Zusammensetzung des Europäischen Betriebsrats .....	1442
§ 23 Bestellung inländischer Arbeitnehmervertreter .....	1443
§ 24 Unterrichtung über die Mitglieder des Europäischen Betriebsrats .....	1444
§ 25 Konstituierende Sitzung, Vorsitzender .....	1444
§ 26 Ausschuss .....	1445

§ 27	Sitzungen . . . . .	1446
§ 28	Beschlüsse, Geschäftsordnung . . . . .	1447
§ 29	Jährliche Unterrichtung und Anhörung. . . . .	1448
§ 30	Unterrichtung und Anhörung . . . . .	1450
§ 31	Tendenzunternehmen . . . . .	1451
§ 32	Dauer der Mitgliedschaft, Neubestellung von Mitgliedern . . . . .	1452
§ 33	Aufnahme von Verhandlungen . . . . .	1453
§ 34	Vertrauensvolle Zusammenarbeit. . . . .	1453
§ 35	Geheimhaltung, Vertraulichkeit. . . . .	1454
§ 36	Unterrichtung der örtlichen Arbeitnehmervertreter. . . . .	1455
§ 37	Wesentliche Strukturänderungen. . . . .	1456
§ 38	Fortbildung. . . . .	1459
§ 39	Kosten, Sachaufwand und Sachverständige . . . . .	1460
§ 40	Schutz inländischer Arbeitnehmervertreter . . . . .	1461
§ 41	Fortgeltung . . . . .	1462

**Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall  
(Entgeltfortzahlungsgesetz – EFZG) . . . . . 1467**

§ 1	Anwendungsbereich . . . . .	1467
§ 2	Entgeltzahlung an Feiertagen. . . . .	1468
§ 3	Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. . . . .	1473
§ 3a	Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spenden von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen . . . . .	1484
§ 4	Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts. . . . .	1485
§ 4a	Kürzung von Sondervergütungen . . . . .	1496
§ 5	Anzeige- und Nachweispflichten . . . . .	1497
§ 6	Forderungsübergang bei Dritthaftung . . . . .	1505
§ 7	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers . . . . .	1509
§ 8	Beendigung des Arbeitsverhältnisses . . . . .	1511
§ 9	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation . . . . .	1513
§ 10	Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit . . . . .	1517
§ 11	Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten . . . . .	1519
§ 12	Unabdingbarkeit . . . . .	1522

**Einigungsvertrag (EinigungsV) . . . . . 1525**

**Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr 1 EinigungsV . . . . . 1525**

**Einkommensteuergesetz (EStG) . . . . . 1529**

§ 19	Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit . . . . .	1529
§ 24	Gemeinsame Vorschriften . . . . .	1532
§ 34	Außerordentliche Einkünfte . . . . .	1537

**Familienpflegezeitgesetz (FPfZG)** ..... 1540

§ 1 Ziel des Gesetzes ..... 1540

§ 2 Familienpflegezeit ..... 1540

§ 2a Inanspruchnahme der Familienpflegezeit ..... 1541

§ 3 Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung ..... 1543

§ 4 Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers ..... 1544

§ 5 Ende der Förderfähigkeit ..... 1544

§ 6 Rückzahlung des Darlehens ..... 1545

§ 7 Härtefallregelung ..... 1545

§ 8 Antrag auf Förderung ..... 1546

§ 9 Darlehensbescheid und Zahlweise ..... 1546

§ 10 Antrag und Nachweis in weiteren Fällen ..... 1546

§ 11 Allgemeine Verwaltungsvorschriften ..... 1547

§ 12 Bußgeldvorschriften ..... 1547

§ 13 Aufbringung der Mittel ..... 1547

§ 14 Beirat ..... 1547

§ 15 Übergangsvorschrift ..... 1548

**Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen  
(Gendiagnostikgesetz – GenDG)** ..... 1549

§ 1 Zweck des Gesetzes ..... 1549

§ 2 Anwendungsbereich ..... 1549

§ 3 Begriffsbestimmungen ..... 1550

§ 4 Benachteiligungsverbot ..... 1551

§ 8 Einwilligung ..... 1553

§ 11 Mitteilung der Ergebnisse genetischer Untersuchungen und Analysen ..... 1554

§ 19 Genetische Untersuchungen und Analysen vor und nach Begründung des  
Beschäftigungsverhältnisses ..... 1555

§ 20 Genetische Untersuchungen und Analysen zum Arbeitsschutz ..... 1556

§ 21 Arbeitsrechtliches Benachteiligungsverbot ..... 1558

§ 22 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse ..... 1559

§ 25 Strafvorschriften ..... 1560

§ 26 Bußgeldvorschriften ..... 1560

§ 27 Inkrafttreten ..... 1560

**Gewerbeordnung (GewO)** ..... 1561

§ 6 Anwendungsbereich ..... 1561

§ 105 Freie Gestaltung des Arbeitsvertrages ..... 1591

§ 106 Weisungsrecht des Arbeitgebers ..... 1596

§ 107 Berechnung und Zahlung des Arbeitsentgelts ..... 1612

§ 108 Abrechnung des Arbeitsentgelts ..... 1620

§ 109 Zeugnis ..... 1622

§ 110 Wettbewerbsverbot ..... 1632

<b>Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)</b> .....	1633
Art. 1 Menschenwürde – Menschenrechte – Grundrechtsbindung .....	1633
Art. 2 Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person .....	1641
Art. 3 Gleichheit vor dem Gesetz .....	1649
Art. 4 Glaubens- und Gewissensfreiheit .....	1663
Art. 5 Recht der freien Meinungsäußerung .....	1675
Art. 6 Ehe, Familie, nichteheliche Kinder .....	1687
Art. 9 Vereinigungsfreiheit .....	1694
Art. 12 Berufsfreiheit .....	1734
Art. 14 Eigentum, Erbrecht und Enteignung .....	1743
Art. 19 Grundrechts- und Rechtsschutzgarantie .....	1751
Art. 20 Verfassungsrechtliche Grundprinzipien .....	1756
Art. 33 Staatsbürgerliche Rechte .....	1761
Art. 72 .....	1766
Art. 73 Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes .....	1766
Art. 74 Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung .....	1766
Art. 103 Rechtliches Gehör – Gesetzlichkeit der Strafe – Doppelbestrafungsverbot .....	1770
 <b>Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)</b> .....	 1774
§ 17 Zulässigkeit des Rechtsweges .....	1774
§ 17a Entscheidung über den Rechtsweg .....	1774
§ 17b Wirkung der Verweisung, Kosten .....	1774
 <b>Handelsgesetzbuch (HGB)</b> .....	 1778
§ 48 Erteilung der Prokura .....	1778
§ 54 Handlungsvollmacht .....	1778
§ 59 Handlungsgehilfe .....	1779
§ 60 Gesetzliches Wettbewerbsverbot .....	1780
§ 61 Verletzung des Verbots .....	1782
§ 62 Fürsorgepflicht des Prinzipals .....	1784
§ 64 Gehaltszahlung .....	1786
§ 65 Provision .....	1786
§ 74 Vertragliches Wettbewerbsverbot .....	1787
§ 74a Unverbindliches Verbot .....	1787
§ 74b Zahlung der Entschädigung .....	1794
§ 74c Anrechnung anderweitigen Erwerbs .....	1795
§ 75 Unwirksamwerden des Verbots .....	1796
§ 75a Verzicht des Prinzipals .....	1797
§ 75c Vertragsstrafe .....	1798
§ 75d Unabdingbarkeit .....	1799
§ 75f Geheimes Wettbewerbsverbot .....	1800
§ 82a Volontäre .....	1801

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 83	Gewerbegehilfen . . . . .	1801
§ 84	Begriff des Handelsvertreters . . . . .	1801
§ 85	Vertragsurkunde . . . . .	1802
§ 86	Pflichten des Handelsvertreters . . . . .	1802
§ 86a	Pflichten des Unternehmers. . . . .	1802
§ 86b	Delkredereprovision . . . . .	1802
§ 87	Provisionspflichtige Geschäfte . . . . .	1802
§ 87a	Fälligkeit der Provision . . . . .	1804
§ 87b	Höhe der Provision . . . . .	1805
§ 87c	Abrechnung über die Provision . . . . .	1806
§ 89a	Fristlose Kündigung . . . . .	1808
§ 92	Versicherungs- und Bausparkassenvertreter . . . . .	1808
§ 92a	Mindestarbeitsbedingungen . . . . .	1809
§ 92b	Handelsvertreter im Nebenberuf . . . . .	1810

### **Insolvenzordnung (InsO)** . . . . . 1811

§ 113	Kündigung eines Dienstverhältnisses . . . . .	1811
§ 120	Kündigung von Betriebsvereinbarungen . . . . .	1812
§ 121	Betriebsänderungen und Vermittlungsverfahren. . . . .	1814
§ 122	Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung. . . . .	1814
§ 123	Umfang des Sozialplans. . . . .	1816
§ 124	Sozialplan vor Verfahrenseröffnung . . . . .	1816
§ 125	Interessenausgleich und Kündigungsschutz. . . . .	1819
§ 126	Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz . . . . .	1822
§ 127	Klage des Arbeitnehmers. . . . .	1822
§ 128	Betriebsveräußerung . . . . .	1825

### **Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG)** . . . . . 1827

§ 1	Geltungsbereich . . . . .	1827
§ 2	Kind, Jugendlicher. . . . .	1827
§ 3	Arbeitgeber. . . . .	1828
§ 4	Arbeitszeit. . . . .	1828
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern . . . . .	1828
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen . . . . .	1829
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern. . . . .	1830
§ 8	Dauer der Arbeitszeit. . . . .	1830
§ 9	Berufsschule . . . . .	1830
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen . . . . .	1831
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume . . . . .	1832
§ 12	Schichtzeit . . . . .	1832
§ 13	Tägliche Freizeit. . . . .	1832
§ 14	Nachruhe . . . . .	1833
§ 15	Fünf-Tage-Woche. . . . .	1833

§ 16	Samstagsruhe . . . . .	1834
§ 17	Sonntagsruhe . . . . .	1834
§ 18	Feiertagsruhe . . . . .	1835
§ 19	Urlaub . . . . .	1835
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen . . . . .	1836
§ 21a	Abweichende Regelungen . . . . .	1836
§ 22	Gefährliche Arbeiten . . . . .	1837
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten . . . . .	1837
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen . . . . .	1837
§ 26	Ermächtigungen . . . . .	1838
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen . . . . .	1838
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit . . . . .	1839
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen . . . . .	1839
§ 29	Unterweisung über Gefahren . . . . .	1839
§ 30	Häusliche Gemeinschaft . . . . .	1840
§ 31	Züchtigungsverbot, Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak . . . . .	1840
§ 32	Erstuntersuchung . . . . .	1840
§ 33	Erste Nachuntersuchung . . . . .	1841
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen . . . . .	1841
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung . . . . .	1841
§ 47	Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde . . . . .	1842
§ 48	Aushang über Arbeitszeit und Pausen . . . . .	1842
§ 49	Verzeichnisse der Jugendlichen . . . . .	1842
§ 50	Auskunft, Vorlage der Verzeichnisse . . . . .	1842
§ 51	Aufsichtsbehörde, Besichtigungsrechte und Berichtspflicht . . . . .	1842
§ 58	Bußgeld- und Strafvorschriften . . . . .	1843
§ 59	Bußgeldvorschriften . . . . .	1844
<b>Kündigungsschutzgesetz (KSchG) . . . . .</b>		<b>1845</b>
§ 1	Sozial ungerechtfertigte Kündigungen . . . . .	1845
§ 1a	KSchG Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung . . . . .	1934
§ 2	Änderungskündigung . . . . .	1939
§ 3	Kündigungseinspruch . . . . .	1954
§ 4	Anrufung des Arbeitsgerichts . . . . .	1955
§ 5	Zulassung verspäteter Klagen . . . . .	1965
§ 6	Verlängerte Anrufungsfrist . . . . .	1969
§ 7	Wirksamwerden der Kündigung . . . . .	1973
§ 8	Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen . . . . .	1974
§ 9	Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers . . . . .	1975
§ 10	Höhe der Abfindung . . . . .	1983
§ 11	Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst . . . . .	1986
§ 12	Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses . . . . .	1990
§ 13	Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen . . . . .	1993
§ 14	Angestellte in leitender Stellung . . . . .	1997

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 15	Unzulässigkeit der Kündigung .....	2000
§ 16	Neues Arbeitsverhältnis; Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses .....	2010
§ 17	Anzeigepflicht .....	2011
§ 18	Entlassungssperre .....	2020
§ 19	Zulässigkeit von Kurzarbeit .....	2022
§ 20	Entscheidungen der Agentur für Arbeit .....	2024
§ 21	Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit .....	2025
§ 22	Ausnahmebetriebe .....	2026
§ 23	Geltungsbereich .....	2027
§ 24	Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs .....	2033
§ 25	Kündigung in Arbeitskämpfen .....	2035

<b>Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG)</b> .....	2037
---	------

<b>Abschnitt 1 Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns</b> .....	2037
---	------

<b>Unterabschnitt 1 Inhalt des Mindestlohns</b> .....	2037
---	------

§ 1 Mindestlohn .....	2037
-----------------------	------

§ 2 Fälligkeit des Mindestlohns .....	2043
---------------------------------------	------

§ 3 Unabdingbarkeit des Mindestlohns .....	2045
--	------

<b>Unterabschnitt 2 Mindestlohnkommission</b> .....	2046
---	------

§ 4 Aufgabe und Zusammensetzung .....	2046
---------------------------------------	------

§ 5 Stimmberechtigte Mitglieder .....	2047
---------------------------------------	------

§ 6 Vorsitz .....	2047
-------------------	------

§ 7 Beratende Mitglieder .....	2047
--------------------------------	------

§ 8 Rechtsstellung der Mitglieder .....	2047
---	------

§ 9 Beschluss der Mindestlohnkommission .....	2048
---	------

§ 10 Verfahren der Mindestlohnkommission .....	2049
--	------

§ 11 Rechtsverordnung .....	2050
-----------------------------	------

§ 12 Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft .....	2050
--	------

<b>Abschnitt 2 Zivilrechtliche Durchsetzung</b> .....	2050
---	------

§ 13 Haftung des Auftraggebers .....	2050
--------------------------------------	------

<b>Abschnitt 3 Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden</b> .....	2051
---	------

§§ 14–21 .....	2051
----------------	------

§ 20 Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns .....	2051
--	------

<b>Abschnitt 4 Schlussvorschriften</b> .....	2052
--	------

§ 22 Persönlicher Anwendungsbereich .....	2052
---	------

§ 23 Evaluation .....	2055
-----------------------	------

§ 24 (weggefallen) .....	2055
--------------------------	------

<b>Mitbestimmungsgesetz (MitBestG)</b> .....	2056
--	------

§ 1 Erfasste Unternehmen .....	2056
--------------------------------	------

§ 2	Anteilseigner . . . . .	2059
§ 3	Arbeitnehmer und Betrieb . . . . .	2059
§ 4	Kommanditgesellschaft . . . . .	2059
§ 5	Konzern . . . . .	2061
§ 6	Grundsatz . . . . .	2063
§ 7	Zusammensetzung des Aufsichtsrats . . . . .	2065
§ 8	Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner . . . . .	2067
§ 9	Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer, Grundsatz . . . . .	2067
§ 10	Wahl der Delegierten . . . . .	2067
§ 11	Errechnung der Zahl der Delegierten . . . . .	2067
§ 12	Wahlvorschläge für Delegierte . . . . .	2068
§ 13	Amtszeit der Delegierten . . . . .	2068
§ 14	Vorzeitige Beendigung der Amtszeit oder Verhinderung von Delegierten . . . . .	2068
§ 15	Wahl der unternehmensangehörigen Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer . . . . .	2069
§ 16	Wahl der Vertreter von Gewerkschaften in den Aufsichtsrat . . . . .	2069
§ 17	Ersatzmitglieder . . . . .	2069
§ 18	Unmittelbare Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer . . . . .	2069
§ 18a	Nichterreichen des Geschlechteranteils durch die Wahl . . . . .	2069
§ 19	Bekanntmachung der Mitglieder des Aufsichtsrats . . . . .	2070
§ 20	Wahlschutz und Wahlkosten . . . . .	2070
§ 21	Anfechtung der Wahl von Delegierten . . . . .	2074
§ 22	Anfechtung der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer . . . . .	2074
§ 23	Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer . . . . .	2075
§ 24	Verlust der Wählbarkeit und Änderung der Zuordnung unternehmensangehöriger Aufsichtsratsmitglieder . . . . .	2076
§ 25	Grundsatz . . . . .	2077
§ 26	Schutz von Aufsichtsratsmitgliedern vor Benachteiligung . . . . .	2078
§ 27	Vorsitz im Aufsichtsrat . . . . .	2079
§ 28	Beschlussfähigkeit . . . . .	2080
§ 29	Abstimmungen . . . . .	2080
§ 30	Grundsatz . . . . .	2081
§ 31	Bestellung und Widerruf . . . . .	2081
§ 32	Ausübung von Beteiligungsrechten . . . . .	2083
§ 33	Arbeitsdirektor . . . . .	2084
§ 34	Seeschifffahrt . . . . .	2084
§ 36	Verweisungen . . . . .	2085
§ 37	Erstmalige Anwendung des Gesetzes auf ein Unternehmen . . . . .	2085
§ 39	Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen . . . . .	2086
§ 40	Übergangsregelung . . . . .	2086
§ 41	Inkrafttreten . . . . .	2086

**Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG) . . . . . 2087**

§ 1	Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes . . . . .	2087
§ 2	Begriffsbestimmungen . . . . .	2090



§ 3	Schutzfristen vor und nach der Entbindung . . . . .	2091
§ 4	Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit . . . . .	2093
§ 5	Verbot der Nacharbeit . . . . .	2094
§ 6	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit . . . . .	2095
§ 7	Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen . . . . .	2096
§ 8	Beschränkung von Heimarbeit . . . . .	2097
§ 9	Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung . . . . .	2097
§ 10	Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen . . . . .	2100
§ 11	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen . . . . .	2101
§ 12	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen . . . . .	2104
§ 13	Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot . . . . .	2105
§ 14	Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber . . . . .	2107
§ 15	Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen . . . . .	2108
§ 16	Ärztliches Beschäftigungsverbot . . . . .	2109
§ 17	Kündigungsverbot . . . . .	2111
§ 18	Mutterschutzlohn . . . . .	2119
§ 19	Mutterschaftsgeld . . . . .	2120
§ 20	Zuschuss zum Mutterschaftsgeld . . . . .	2122
§ 21	Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts . . . . .	2124
§ 22	Leistungen während der Elternzeit . . . . .	2127
§ 23	Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen . . . . .	2127
§ 24	Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten . . . . .	2128
§ 25	Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots . . . . .	2128
§ 26	Aushang des Gesetzes . . . . .	2129
§ 27	Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen . . . . .	2130
§ 28	Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr . . . . .	2132
§ 29	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht . . . . .	2133
§ 30	Ausschuss für Mutterschutz . . . . .	2134
§ 31	Erlass von Rechtsverordnungen . . . . .	2135
§ 32	Bußgeldvorschriften . . . . .	2136
§ 33	Strafvorschriften . . . . .	2137
§ 34	Evaluationsbericht . . . . .	2137

**Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden wesentlichen Bedingungen (Nachweisgesetz – NachwG) . . . . . 2138**

Vorbemerkung . . . . .	2138
§ 1 Anwendungsbereich . . . . .	2143
§ 2 Nachweispflicht . . . . .	2144
§ 3 Änderung der Angaben . . . . .	2150
§ 4 Übergangsvorschrift . . . . .	2151
§ 5 Unabdingbarkeit . . . . .	2152

<b>Gesetz über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegeZG)</b> .....	2153
§ 1 Ziel des Gesetzes .....	2153
§ 2 Kurzzeitige Arbeitsverhinderung .....	2153
§ 3 Pflegezeit und sonstige Freistellungen .....	2156
§ 4 Dauer der Inanspruchnahme .....	2159
§ 5 Kündigungsschutz .....	2161
§ 6 Befristete Verträge .....	2162
§ 7 Begriffsbestimmungen .....	2163
§ 8 Unabdingbarkeit .....	2164
<b>Verordnung (EG) Nr 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)</b> .....	2165
Vorbem zu Art 1, 3, 8, 9 Arbeitskollisionsrecht des Arbeitsverhältnisses .....	2165
Art. 1 Anwendungsbereich .....	2166
Art. 3 Freie Rechtswahl .....	2166
Art. 8 Individualarbeitsverträge .....	2166
Art. 9 Eingriffsnormen .....	2166
Art. 28 Zeitliche Anwendbarkeit .....	2172
Art. 29 Inkrafttreten und Anwendbarkeit .....	2172
<b>Verordnung (EG) Nr 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II)</b> .....	2173
Vorbem zu Art 1, 2, 4, 9, 14, 16 Internationales Arbeitskampfrecht .....	2173
Art. 1 Anwendungsbereich .....	2173
Art. 2 Außervertragliche Schuldverhältnisse .....	2174
Art. 4 Allgemeine Kollisionsnorm .....	2174
Art. 9 Arbeitskampfmaßnahmen .....	2174
Art. 14 Freie Rechtswahl .....	2174
Art. 16 Eingriffsnormen .....	2174
Art. 31 Zeitliche Anwendbarkeit .....	2175
Art. 32 Zeitpunkt des Beginns der Anwendung .....	2175
<b>Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwArbG)</b> .....	2176
Vor § 1 SchwArbG. ....	2176
§ 1 Zweck des Gesetzes .....	2180
§ 2a Mitführungs- und Vorlagepflicht von Ausweispapieren .....	2184
§ 8 Bußgeldvorschriften .....	2184

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 10	Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltstitel und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen Beschäftigung zu ungünstigen Arbeitsbedingungen . . . .	2185
------	--	------

### **Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II) . . . . .**

2187

§ 19	Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe . . . . .	2187
§ 20	Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts . . . . .	2190

### **Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung – (SGB III) . . . . .**

2191

§ 38	Rechte und Pflichten der Ausbildung- und Arbeitsuchenden . . . . .	2191
§ 95	Anspruch . . . . .	2191
§ 96	Erheblicher Arbeitsausfall . . . . .	2192
§ 97	Betriebliche Voraussetzungen . . . . .	2194
§ 98	Persönliche Voraussetzungen . . . . .	2194
§ 99	Anzeige des Arbeitsausfalls . . . . .	2195
§ 100	Kurzarbeitergeld bei Arbeitskämpfen . . . . .	2195
§ 104	Dauer . . . . .	2196
§ 107	Anwendung anderer Vorschriften . . . . .	2196
§ 110	Transfermaßnahmen . . . . .	2197
§ 111	Transferkurzarbeitergeld . . . . .	2198
§ 136	Anspruch auf Arbeitslosengeld . . . . .	2200
§ 137	Anspruchsvoraussetzungen bei Arbeitslosigkeit . . . . .	2200
§ 138	Arbeitslosigkeit . . . . .	2201
§ 140	Zumutbare Beschäftigungen . . . . .	2202
§ 141	Persönliche Arbeitslosmeldung . . . . .	2202
§ 142	Anwartschaftszeit . . . . .	2203
§ 143	Rahmenfrist . . . . .	2204
§ 147	Grundsatz . . . . .	2204
§ 149	Grundsatz . . . . .	2205
§ 155	Anrechnung von Nebeneinkommen . . . . .	2207
§ 156	Ruhen des Anspruchs bei anderen Sozialleistungen . . . . .	2207
§ 157	Ruhen des Anspruchs bei Arbeitsentgelt und Urlaubsabgeltung . . . . .	2208
§ 158	Ruhen des Anspruchs bei Entlassungsschädigung . . . . .	2214
§ 159	Ruhen bei Sperrzeit . . . . .	2221
§ 160	Ruhen bei Arbeitskämpfen . . . . .	2235
§ 165	Anspruch . . . . .	2238
§ 166	Anspruchsausschluss . . . . .	2240

### **Viertes Buch Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – (SGB IV) . . . . .**

2241

§ 3	Persönlicher und räumlicher Geltungsbereich . . . . .	2241
-----	---	------

§ 4	Ausstrahlung . . . . .	2241
§ 5	Einstrahlung . . . . .	2242
§ 7	Beschäftigung . . . . .	2242
§ 7a	Anfrageverfahren . . . . .	2248
§ 7b	Wertguthabenvereinbarung . . . . .	2250
§ 7c	Verwendung von Wertguthaben . . . . .	2250
§ 7d	Führung und Verwaltung von Wertguthaben . . . . .	2251
§ 7e	Insolvenzschutz . . . . .	2251
§ 7f	Übertragung von Wertguthaben . . . . .	2252
§ 8	Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit . . . . .	2253
§ 8a	Geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten . . . . .	2256
§ 14	Arbeitsentgelt . . . . .	2256
§ 20	Aufbringung der Mittel, Gleitzone . . . . .	2257

**Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) – Gesetzliche Krankenversicherung – (SGB V) . . . . . 2258**

§ 5	Versicherungspflicht . . . . .	2258
§ 6	Versicherungsfreiheit . . . . .	2261
§ 44	Krankengeld . . . . .	2264
§ 45	Krankengeld bei Erkrankung des Kindes . . . . .	2266
§ 49	Ruhen des Krankengeldes . . . . .	2268
§ 52	Leistungsbeschränkung bei Selbstverschulden . . . . .	2269

**Sozialgesetzbuch (SGB) Sechstes Buch (VI) – Gesetzliche Rentenversicherung – (SGB VI) . . . . . 2271**

§ 2	Selbständig Tätige . . . . .	2271
§ 41	Altersrente und Kündigungsschutz . . . . .	2272

**Sozialgesetzbuch (SGB) Siebtes Buch (VII) – Gesetzliche Unfallversicherung – (SGB VII) . . . . . 2275**

§ 2	Versicherung kraft Gesetzes . . . . .	2275
§ 3	Versicherung kraft Satzung . . . . .	2278
§ 6	Freiwillige Versicherung . . . . .	2279
§ 7	Begriff . . . . .	2280
§ 8	Arbeitsunfall . . . . .	2281
§ 104	Beschränkung der Haftung der Unternehmer . . . . .	2282
§ 105	Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen . . . . .	2283
§ 108	Bindung der Gerichte . . . . .	2283
§ 109	Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen . . . . .	2284

§ 110	Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern . . . . .	2284
§ 111	Haftung des Unternehmens . . . . .	2285
§ 112	Bindung der Gerichte . . . . .	2286
§ 113	Verjährung . . . . .	2286

### **Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (SGB IX) . . . . .**

2287

§ 152	Feststellung der Behinderung, Ausweise . . . . .	2287
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen . . . . .	2290
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen . . . . .	2290
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes . . . . .	2291
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl . . . . .	2291
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen . . . . .	2292
§ 159	Mehrfachanrechnung . . . . .	2292
§ 160	Ausgleichsabgabe . . . . .	2293
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern . . . . .	2294
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen . . . . .	2295
§ 167	Prävention . . . . .	2298
§ 168	Erfordernis der Zustimmung . . . . .	2300
§ 169	Kündigungsfrist . . . . .	2303
§ 170	Antragsverfahren . . . . .	2303
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes . . . . .	2305
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung . . . . .	2309
§ 173	Ausnahmen . . . . .	2311
§ 174	Außerordentliche Kündigung . . . . .	2314
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz . . . . .	2319
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung . . . . .	2320
§ 205	Vorrang der schwerbehinderten Menschen . . . . .	2321
§ 206	Arbeitsentgelt und Dienstbezüge . . . . .	2321
§ 207	Mehrarbeit . . . . .	2321
§ 208	Zusatzurlaub . . . . .	2322

### **Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdaten- schutz – (SGB X) . . . . .**

2323

§ 115	Ansprüche gegen den Arbeitgeber . . . . .	2323
-------	---	------

### **Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten (Sprecherausschussgesetz – SprAuG) . . . . .**

2324

§ 1	Errichtung von Sprecherausschüssen . . . . .	2324
§ 2	Zusammenarbeit . . . . .	2324
§ 3	Wahlberechtigung und Wählbarkeit . . . . .	2326

§ 4	Zahl der Sprecherausschussmitglieder .....	2326
§ 5	Zeitpunkt der Wahlen und Amtszeit .....	2326
§ 6	Wahlvorschriften .....	2326
§ 7	Bestellung, Wahl und Aufgaben des Wahlvorstands .....	2327
§ 8	Wahlanfechtung, Wahlschutz und Wahlkosten .....	2327
§ 9	Ausschluss von Mitgliedern, Auflösung des Sprecherausschusses und Erlöschen der Mitgliedschaft .....	2328
§ 10	Ersatzmitglieder .....	2329
§ 11	Vorsitzender .....	2329
§ 12	Sitzungen des Sprecherausschusses .....	2330
§ 13	Beschlüsse und Geschäftsordnung des Sprecherausschusses .....	2330
§ 14	Arbeitsversäumnis und Kosten .....	2330
§ 15	Zeitpunkt, Einberufung und Themen der Versammlung .....	2331
§ 16	Errichtung, Mitgliederzahl und Stimmengewicht .....	2332
§ 17	Ausschluss von Mitgliedern und Erlöschen der Mitgliedschaft .....	2332
§ 18	Zuständigkeit .....	2333
§ 19	Geschäftsführung .....	2333
§ 20	Errichtung .....	2334
§ 21	Errichtung, Mitgliederzahl und Stimmengewicht .....	2334
§ 22	Ausschluss von Mitgliedern und Erlöschen der Mitgliedschaft .....	2335
§ 23	Zuständigkeit .....	2335
§ 24	Geschäftsführung .....	2335
§ 25	Aufgaben des Sprecherausschusses .....	2336
§ 26	Unterstützung einzelner leitender Angestellter .....	2337
§ 27	Grundsätze für die Behandlung der leitenden Angestellten .....	2338
§ 28	Richtlinien und Vereinbarungen .....	2339
§ 29	Geheimhaltungspflicht .....	2340
§ 30	Arbeitsbedingungen und Beurteilungsgrundsätze .....	2340
§ 31	Personelle Maßnahmen .....	2341
§ 32	Wirtschaftliche Angelegenheiten .....	2343
§ 33	Seeschifffahrt .....	2344
§ 34	Straftaten gegen Vertretungsorgane der leitenden Angestellten und ihre Mitglieder .....	2344
§ 35	Verletzung von Geheimnissen .....	2344
§ 36	Bußgeldvorschriften .....	2345
§ 37	Erstmalige Wahlen nach diesem Gesetz .....	2345
§ 38	Ermächtigung zum Erlass von Wahlordnungen .....	2345
	<b>Tarifvertragsgesetz (TVG) .....</b>	<b>2346</b>
	Grundlagen .....	2346
§ 1	Inhalt und Form des Tarifvertrags .....	2349
§ 2	Tarifvertragsparteien .....	2364
§ 3	Tarifgebundenheit .....	2368
§ 4	Wirkung der Rechtsnormen .....	2375
§ 4a	Tarifkollision .....	2382
§ 5	Allgemeinverbindlichkeit .....	2392

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 6	Tarifregister .....	2400
§ 7	Übersendungs- und Mitteilungspflicht .....	2400
§ 8	Bekanntgabe des Tarifvertrags .....	2401
§ 9	Feststellung der Rechtswirksamkeit .....	2402
§ 10	Tarifvertrag und Tarifordnungen .....	2402
§ 11	Durchführungsbestimmungen .....	2402
§ 12	Spitzenorganisationen .....	2403
§ 12a	Arbeitnehmerähnliche Personen .....	2403
§ 13	Inkrafttreten .....	2404
Anhang Arbeitskampfrecht .....		2404

### **Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG)** .....

2416

§ 1	Zielsetzung .....	2416
§ 2	Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers .....	2417
§ 3	Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers .....	2418
§ 4	Verbot der Diskriminierung .....	2420
§ 5	Benachteiligungsverbot .....	2426
§ 6	Förderung von Teilzeitarbeit .....	2426
§ 7	Ausschreibung; Information über freie Arbeitsplätze .....	2426
§ 8	Verringerung der Arbeitszeit .....	2429
§ 9	Verlängerung der Arbeitszeit .....	2440
§ 10	Aus- und Weiterbildung .....	2445
§ 11	Kündigungsverbot .....	2446
§ 12	Arbeit auf Abruf .....	2447
§ 13	Arbeitsplatzteilung .....	2452
§ 14	Zulässigkeit der Befristung .....	2454
§ 15	Ende des befristeten Arbeitsvertrages .....	2474
§ 16	Folgen unwirksamer Befristung .....	2477
§ 17	Anrufung des Arbeitsgerichts .....	2478
§ 18	Information über unbefristete Arbeitsplätze .....	2480
§ 19	Aus- und Weiterbildung .....	2481
§ 20	Information der Arbeitnehmervertretung .....	2482
§ 21	Auflösend bedingte Arbeitsverträge .....	2482
§ 22	Abweichende Vereinbarungen .....	2484
§ 23	Besondere gesetzliche Regelungen .....	2486

### **Umwandlungsgesetz (UmwG)** .....

2488

§ 1	Arten der Umwandlung; gesetzliche Beschränkungen .....	2488
§ 5	Inhalt des Verschmelzungsvertrages .....	2488
§ 122c	Verschmelzungsplan .....	2488
§ 122e	Verschmelzungsbericht .....	2488
§ 126	Inhalt des Spaltungs- und Übernahmevertrages .....	2488

§ 136	Spaltungsplan	2489
§ 176	Anwendung der Verschmelzungsvorschriften	2489
§ 177	Anwendung der Spaltungsvorschriften	2489
§ 194	Inhalt des Umwandlungsbeschlusses	2489
§ 322	Gemeinsamer Betrieb	2494
§ 323	Kündigungsrechtliche Stellung	2495
§ 324	Rechte und Pflichten bei Betriebsübergang	2498
§ 325	Mitbestimmungsbeibehaltung	2498

**Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft  
(Wissenschaftszeitvertragsgesetz – WissZeitVG)** ..... 2500

Einleitung	2500	
§ 1	Befristung von Arbeitsverträgen	2500
§ 2	Befristungsdauer; Befristung wegen Drittmittelfinanzierung	2503
§ 3	Privatdienstvertrag	2508
§ 4	Wissenschaftliches Personal an staatlich anerkannten Hochschulen	2509
§ 5	Wissenschaftliches Personal an Forschungseinrichtungen	2509
§ 6	Wissenschaftliche und künstlerische Hilfstätigkeiten	2510
§ 7		2510
§ 8	Evaluation	2510

**Zivilprozessordnung (ZPO)** ..... 2511

§ 850	Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen	2511
§ 850a	Unpfändbare Bezüge	2513
§ 850b	Bedingt pfändbare Bezüge	2514
§ 850c	Pfändungsgrenzen für Arbeitseinkommen	2517
§ 850d	Pfändbarkeit bei Unterhaltsansprüchen	2519
§ 850e	Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens	2521
§ 850f	Änderung des unpfändbaren Betrages	2523
§ 850g	Änderung der Unpfändbarkeitsvoraussetzungen	2525
§ 850h	Verschleiertes Arbeitseinkommen	2526
§ 850i	Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte	2527
§ 850k	Pfändungsschutzkonto	2529
§ 850l	Anordnung der Unpfändbarkeit von Kontoguthaben auf dem Pfändungsschutzkonto	2531
§ 851c	Pfändungsschutz bei Altersrenten	2532
§ 851d	Pfändungsschutz bei steuerlich gefördertem Altersvorsorgevermögen	2533

**Stichwortverzeichnis** ..... 2535



# Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 23.5.2017 (BGBl I S 1228).

## § 1 Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes

(1) <sup>1</sup>Dieses Gesetz schützt die Gesundheit der Frau und ihres Kindes am Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplatz während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit. <sup>2</sup>Das Gesetz ermöglicht es der Frau, ihre Beschäftigung oder sonstige Tätigkeit in dieser Zeit ohne Gefährdung ihrer Gesundheit oder der ihres Kindes fortzusetzen und wirkt Benachteiligungen während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit entgegen. <sup>3</sup>Regelungen in anderen Arbeitsschutzgesetzen bleiben unberührt.

(2) <sup>1</sup>Dieses Gesetz gilt für Frauen in einer Beschäftigung im Sinne von § 7 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch. <sup>2</sup>Unabhängig davon, ob ein solches Beschäftigungsverhältnis vorliegt, gilt dieses Gesetz auch für

1. Frauen in betrieblicher Berufsbildung und Praktikantinnen im Sinne von § 26 des Berufsbildungsgesetzes,
2. Frauen mit Behinderung, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sind,
3. Frauen, die als Entwicklungshelferinnen im Sinne des Entwicklungshelfer-Gesetzes tätig sind, jedoch mit der Maßgabe, dass die §§ 18 bis 22 auf sie nicht anzuwenden sind,
4. Frauen, die als Freiwillige im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes oder des Bundesfreiwilligendienstgesetzes tätig sind,
5. Frauen, die als Mitglieder einer geistlichen Genossenschaft, Diakonissen oder Angehörige einer ähnlichen Gemeinschaft auf einer Planstelle oder aufgrund eines Gestellungsvertrages für diese tätig werden, auch während der Zeit ihrer dortigen außerschulischen Ausbildung,
6. Frauen, die in Heimarbeit beschäftigt sind, und ihnen Gleichgestellte im Sinne von § 1 Absatz 1 und 2 des Heimarbeitsgesetzes, soweit sie am Stück mitarbeiten, jedoch mit der Maßgabe, dass die §§ 10 und 14 auf sie nicht anzuwenden sind und § 9 Absatz 1 bis 5 auf sie entsprechend anzuwenden ist,
7. Frauen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbstständigkeit als arbeitnehmerähnliche Person anzusehen sind, jedoch mit der Maßgabe, dass die §§ 18, 19 Absatz 2 und § 20 auf sie nicht anzuwenden sind, und
8. Schülerinnen und Studentinnen, soweit die Ausbildungsstelle Ort, Zeit und Ablauf der Ausbildungsveranstaltung verpflichtend vorgibt oder die ein im Rahmen der schulischen oder hochschulischen Ausbildung verpflichtend vorgegebenes Praktikum ableisten, jedoch mit der Maßgabe, dass die §§ 17 bis 24 auf sie nicht anzuwenden sind.

(3) <sup>1</sup>Das Gesetz gilt nicht für Beamtinnen und Richterinnen. <sup>2</sup>Das Gesetz gilt ebenso nicht für Soldatinnen, auch soweit die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllt sind, es sei denn, sie werden aufgrund dienstlicher Anordnung oder Gestattung außerhalb des Geschäftsbereiches des Bundesministeriums der Verteidigung tätig.

(4) <sup>1</sup>Dieses Gesetz gilt für jede Person, die schwanger ist, ein Kind geboren hat oder stillt. <sup>2</sup>Die Absätze 2 und 3 gelten entsprechend.

Übersicht	Rdn.	Rdn.	
A. Einleitung	1	C. Räumlicher Geltungsbereich	11
B. Persönlicher Geltungsbereich	6		

A. Einleitung. Am 1.1.2018 ist gem Art 1, 10 I 1 des »Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts« v 23.5.2017 das »Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG)« in Kraft getreten. Ausnahmen: Gem Art 8 Nr 1, Art 10 S 2 des G v 23.5.2017 wurde mWv 30.5.2017 in § 6 I 1 aF eine verlängerte Schutzfrist nach der Geburt eines behinderten Kindes aufgenommen (s auch § 3 Rdn. 9). Mit Wirkung vom gleichen Tag wurde gem Art 8 Nr 2 des G v 23.5.2017 der Kündigungsschutz nach einer Fehlgeburt in § 9 I 1 aF erweitert (lit a) bzw das Zustimmungserfordernis entsprechend angepasst (lit b). Schließlich wurde gem Art 8 Nr 2 lit a in § 9 IV aF mWv 30.5.2017 der Fall der Fehlgeburt aufgenommen.

- 2 Anlass für eine umfassende Neuregelung des im MuSchG von 1952 enthaltenen, seitdem nur in wenigen Regelungsbereichen geänderten Mutterschutzrechts sah der Gesetzgeber in der seitdem erfolgten Veränderung der gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen (BT-Drs 18/8963 S 1). Ziel des neuen MuSchG bleibt es, eine verantwortungsvolle Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz für eine schwangere oder stillende Frau und ihr (ungeborenes) Kind einerseits und der selbstbestimmten Entscheidung der Frau über ihre Erwerbstätigkeit sicherzustellen (BT-Drs 18/8963 S 1; vgl früher schon BAG 3.7.1985, 5 AZR 79/84, EzA § 7 MuSchG Nr 1). Diese Zielrichtung, wie sie in I 1 u 2 zum Ausdruck gekommen ist, schützt seit dem 1.1.2018, wie aus S 1 folgt, nicht nur – wie bisher – Frauen an ihrem Arbeitsplatz, sondern auch Frauen an ihrem Ausbildungs- und Studienplatz.
- 3 Die Normen des MuSchG sind immer im Lichte des Art 6 IV GG (vgl zu § 3 II aF BVerfG 28.3.2006, 1 BvL 10/01, AP Nr 20 zu § 3 MuSchG 1968; BAG 20.8.2002, 9 AZR 353/01, EzA § 3 MuSchG Nr 9) und des Art 3 III 1 GG (vgl BVerfG 28.4.2011, 1 BvR 1409/10, EzA Art 3 GG Nr 111) auszulegen. Auch sind die Bestimmungen des Unionsrechts, vor allem Art 23 GRC u die RL 92/85/EWG (ABl EG 1992 Nr L 348 S 1–7) – geändert durch die RL 2007/30/EG (ABl EU Nr L 165 S 21–24) – (vgl BAG 26.3.2015, 2 AZR 237/14, EzA § 9 MuSchG nF Nr 42; näher *Zmarzlik* DB 1994, 96 f), aber auch die Diskriminierungsverbote (EuGH 18.3.2014, C-363/12, EzA Richtlinie 2006/54 EG-Vertrag 1999 Nr 3; ErfK/*Schlachter* § 1 Rn. 2; 19.9.2018, C-41/17, juris) zu berücksichtigen.
- 4 I 1 stellt klar, dass das G die Gesundheit der Frau u ihres Kindes am Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplatz während der Schwangerschaft, nach der Entbindung u in der Stillzeit schützt. I 2 macht deutlich, dass das G Frauen vor Diskriminierung am Arbeits- u Ausbildungsplatz schützen soll und es der Frau ermöglicht werden soll, ihre Beschäftigung oder sonstige Tätigkeit während der Schwangerschaft, nach der Entbindung oder während der Stillzeit fortzusetzen (BR-Drs 18/8963 S 48).
- 5 I 3 lässt andere Regelungen des Arbeitsschutzes unberührt, so zB die des Jugendarbeitsschutzes und die speziell den Mutterschutz betreffenden Regelungen in der StrlSchV/RöV. Zu beachten sind außerdem die unionsrechtlichen Vorgaben zum europäischen Arbeitsschutzrecht, vor allem die ArbeitsschutzrahmenRL 89/391/EWG als deren zehnte EinzelRL die MutterschutzRL 92/85 EWG erlassen worden ist (ErfK/*Schlachter* § 1 Rn. 5; vgl auch 19.9.2018, C-41/17, juris).
- 6 **B. Persönlicher Geltungsbereich.** Bis zum 31.12.2017 waren nach § 1 MuSchG aF nur Frauen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (Nr 1) oder die in Heimarbeit beschäftigt bzw ihnen gleichgestellt sind (Nr 2) geschützt. Durch § 1 II ist der persönliche Anwendungsbereich neu gefasst und erweitert worden. Generell gilt das G gem II 1 für Frauen in einer Beschäftigung iSv § 7 I SGB IV (näher § 7 SGB IV Rdn 9 ff). Neben Frauen im Arbeitsverhältnis (hierzu allg § 6 GewO Rdn 15 ff) fallen nun zB auch Fremdgeschäftsführerinnen u Minderheiten-Gesellschaftergeschäftsführerinnen einer GmbH unter das MuSchG, wenn sie aufgrund ihrer persönlichen Abhängigkeit Beschäftigte iSd § 7 I SGB IV sind (*Schieferl/Baumann* DB 2017, 2929; vgl auch *Oberthür/Stähler* ArbRB 2017, 179, 180; ErfK/*Schlachter* § 1 Rn. 7; hierzu allg näher § 7 SGB IV Rdn 22, 23). Damit wird die Danosa-Entscheidung des EuGH u 11.11.2010 (C-232/09, EzA Richtlinie 92/85 EG-Vertrag 1999 Nr 5) umgesetzt (BT-Drs 18/8963 S 49).
- 7 Unabhängig vom Vorliegen eines Beschäftigungsverhältnisses iSv § 7 I SGB IV gilt das neue MuSchG nach II 2 uneingeschränkt für Frauen
  - (Nr 1) in betrieblicher Berufsbildung iSv § 1 BBiG (näher § 1 BBiG Rdn 1 mit § 2 BBiG Rdn 1) u Praktikantinnen iSv § 26 BBiG (näher § 26 BBiG Rdn 1). Von Nr 1 nicht erfasst werden Pflichtpraktikantinnen, die unter Nr 8 fallen (vgl Rdn. 8). Für weibliche Auszubildende galt das MuSchG aF bisher über § 10 II BBiG;
  - (Nr 2) mit einer Behinderung, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen (vgl § 219 SGB IX nF = § 136 SGB IX aF) beschäftigt sind. Das G gilt somit auch für Frauen, bei deren Tätigkeit die soziale Betreuung die Arbeitsleistung überwiegt (ErfK/*Schlachter* § 1 Rn. 9);
  - (Nr 4) die als Freiwillige iSd JFDG oder des BFDG tätig sind;
  - (Nr 5) die als Mitglieder geistlicher Genossenschaften, Diakonissen oder einer ähnlichen Gemeinschaft auf einer Planstelle innerhalb der jeweiligen Einrichtung oder aufgrund eines Gestellungsvertrages bei externen AG tätig werden. Das Gleiche gilt für in Ausbildung befindliche Frauen im Rahmen eines Postulats oder Noviziats (BT-Drs 18/8963 S 51).
- 8 Außerdem nennt II 2 weitere Personengruppen, für die das G nur mit Einschränkungen gilt. Hierzu zählen
  - (Nr 3) Entwicklungshelferinnen iSd Entwicklungshelfer-Gesetzes mit Ausnahme der in §§ 18–22 geregelten finanziellen Leistungen. Diese sind in § 4 I Nr 4 Entwicklungshelfer-Gesetz speziell geregelt;

- (Nr 6) wie bisher in Heimarbeit beschäftigte Frauen und ihnen Gleichgestellte iSv § 1 I u II HAG, soweit sie am Stück mitarbeiten, mit Ausnahme der §§ 10–14 und mit entsprechender Anwendung von § 9 I–V;
- (Nr 7) arbeitnehmerähnliche Personen (zum Begriff § 6 GewO Rdn 72 ff), für die das MuSchG aF nicht galt. Keine Anwendung finden allerdings §§ 18, 19 II und § 20. Aus der Gesetzesbegründung zu § 2 II Nr 7 (BT-Drs 18/11782 S 31) folgt: Die für diesen Personenkreis geltenden Beschäftigungsverbote kommen nur zur Anwendung, wenn eine arbeitnehmerähnliche Person im Verantwortungsbereich des Auftraggebers tätig wird (*Bayreuther NZA* 2017, 1145, 1149; *Schieferl/Baumann DB* 2017, 2929);
- (Nr 8) Schülerinnen u Studentinnen, falls die Ausbildungsstelle Ort, Zeit u Ablauf der Ausbildungsveranstaltung verpflichtend vorgibt. Diese Situation liegt bei Veranstaltungen im Rahmen der Schulpflicht, in der universitären Ausbildung bei verpflichtend vorgegebenen Lehrveranstaltungen oder in Prüfungssituationen vor (BT-Drs 18/8963 S 51). Können Schülerinnen u Studentinnen im Wesentlichen frei darüber bestimmen, ob u in welcher Weise sie bestimmte Tätigkeiten im Rahmen ihrer Ausbildung vornehmen (zB Bibliotheksbesuche oder Teilnahme an freien Vorlesungs- oder Sportangeboten), sind sie nicht in verpflichtend vorgegebene Arbeits- u Verfahrensabläufe eingebunden (BT-Drs 18/8963 S 52). Von Nr 8 erfasst werden auch Schülerinnen u Studentinnen, die im Rahmen ihrer schulischen oder hochschulischen Ausbildung ein verpflichtend vorgegebenes Praktikum ableisten (BT-Drs 18/8963 S 52). Die §§ 17–24 sind auf sie aber nicht anwendbar.

Gem III 1 bleibt die Anwendbarkeit des MuSchG weiterhin für Beamtinnen und Richterinnen ausgeschlossen. Für sie gelten Sondervorschriften. Der Ausschluss gilt – von der in III 2 genannten Ausnahme abgesehen – auch für Soldatinnen, selbst wenn sie unter II fallen, zB zugleich Studentinnen nach II 2 Nr 8 sind (ErfK/*Schlachter* § 1 Rn. 5).

IV 1 stellt für den persönlichen Geltungsbereich des MuSchG allgemein klar, dass dieses Gesetz für jede Person, dh wg der in IV 2 erklärten entsprechenden Anwendung von II und III für jede Frau, gilt, die schwanger ist (näher *Nebe jurisPR-ArbR* 25/2017 Anm 1, unter VI 2 b).

**C. Räumlicher Geltungsbereich.** Das MuSchG gilt für alle vom persönlichen Anwendungsbereich dieses G erfassten Frauen im Gebiet der BRD. Für dt Frauen im Ausland sind die Grundsätze des Internationalen ArbR, insb Art 3, 8, 9 Rom I-VO (ausf Art 1, 3, 8, 9 Rom I-VO Rdn. 5–24; vgl zum zeitlichen Geltungsbereich Vorb zu Art 1, 3, 8, 9 Rom I-VO Rdn. 4) zu beachten. Nach Art 3 I 1 Rom I-VO gilt freie Rechtswahl, dh die Parteien eines Arbeitsvertrages können selbst wählen, ob dt Recht oder dasjenige des Arbeitsortes Anwendung findet. Das MuSchG gilt in jedem Fall, wenn die Parteien wenigstens für den Mutterschutz dt Recht ausdrücklich vereinbart haben oder sich diese Rechtswahl gem Art 3 I 2 Alt 2 Rom I-VO eindeutig aus den Bestimmungen des Vertrages (zB früher BAG 12.12.2001, 5 AZR 255/00, EzA Art 30 EGBGB Nr 5) oder nach Art 3 I 2 Alt 3 Rom I-VO aus den Umständen des Falles (vgl hierzu früher zu Art 27 I 2 Alt 3 EGBGB *Riesenhuber DB* 2005, 2571 ff) ergibt (vgl näher zu § 27 I 2 EGBGB BAG 23.8.2012, 8 AZR 394/11, EzA § 167 ZPO 2002 Nr 1).

Selbst dann, wenn die Arbeitsvertragsparteien keine Rechtswahl gem Art 3 I 1 Rom I-VO getroffen haben, kann dt Recht und demnach auch das MuSchG auf im Ausland tätige Frauen Anwendung finden. Das ergibt sich für die Frauen, die aus Deutschland nur vorübergehend ins Ausland entsendet werden, ohne Weiteres aus Art 8 II 1 und 2 Rom I-VO (früher: Art 30 II 1 Hs 1 EGBGB, vgl hierzu BAG 17.1.2008, 2 AZR 906/06, EzA § 23 KSchG Nr 31). Aber auch die für längere Zeit ins Ausland entsandten Frauen können sich auf das MuSchG berufen, da idR davon auszugehen ist, dass engere Verbindungen zu Deutschland als Entsendestaat bestehen (vgl Art 8 II 1, IV Rom I-VO; hierzu allg Art 1, 3, 8, 9 Rom I-VO Rn. 15).

Haben die Arbeitsvertragsparteien ausländisches Recht vereinbart, ist zunächst Art 8 I 2 Rom I-VO (früher: Art 30 I EGBGB) zu beachten. Danach darf diese Rechtswahl nicht dazu führen, dass der Frau der Schutz entzogen wird, der ihr durch die zwingenden Bestimmungen des Rechts gewährt wird, das nach Art 8 II–IV Rom I-VO mangels einer Rechtswahl anzuwenden wäre (vgl. näher EuGH 15.3.2011, C-29/10, EzA EG-Vertrag 1999 VO 593/2008 Nr 1; vgl früher auch BAG 20.4.2004, 3 AZR 301/03, EzA § 29 ZPO 2002 Nr 2). IÜ zählen die Normen des MuSchG, soweit sie vorrangig Individualschutz gewährleisten, wie Beschäftigungsverbote und Entgeltsicherung, zu den (Eingriffs-) Normen iSv Art 9 I Rom I-VO (vgl früher zu Art 34 EGBGB allg BAG 13.11.2007, 9 AZR 134/07, EzA Art 30 EGBGB Nr 9), die unabhängig von dem für ein Arbeitsverhältnis mit Bezug zur dt Rechtsordnung (vgl BGH 19.3.1997, VIII ZR 316/96, NJW 1997, 1697, 1699) nach Art 3, 8 Rom I-VO geltenden Recht zwingend zur Anwendung kommen.